Landesrechnungshof

TIVELOP
Projektentwicklung und Projektmanagement GmbH

Tiroler Landtag
Abkürzungsverzeichnis

siehe Berichtsende

Auskünfte

Landesrechnungshof
A-6010 Innsbruck, Eduard-Wallnöfer-Platz 3
Telefon: 0512/508-3030
Fax: 0512/508-3035
E-mail: landesrechnungshof@tirol.gv.at

Erstellt: Jänner - August 2005
Herstellung: Landesrechnungshof
Redaktion: Landesrechnungshof
| 1. Einleitung | 1 |
| 2. TILAK-Konzern | 5 |
| 2.1 Tiroler Landeskrankenanstalten GmbH | 5 |
| 2.2 TIVELOP Projektentwicklung und Projektmanagement GmbH | 10 |
| 2.3 Tochtergesellschaften der TIVELOP | 12 |
| 3. Gebarungsüberblick | 18 |
| 3.1 Jahresabschlüsse | 18 |
| 3.2 Analyse der Bilanzen | 19 |
| 3.3 Analyse der Gewinn- und Verlustrechnung | 25 |
| 4. Personalangelegenheiten | 32 |
| 4.1 Rechtliche Rahmenbedingungen | 32 |
| 4.2 „Weitergabe“ von Landesbediensteten durch die TILAK | 33 |
| 4.3 Personalstruktur in der TIVELOP | 37 |
| 4.4 Gehaltsstruktur der TIVELOP | 39 |
| 4.5 Geschäftsführer | 40 |
| 5. Räumliche Unterbringung | 46 |
| 5.1 Allgemeines | 46 |
| 5.2 Maximilianstraße 35 | 46 |
| 5.3 Sonstige Büroflächen der TIVELOP | 48 |
| 6. Projektfinanzierung - Bundesanteil | 49 |
| 6.1 Zuständigkeit der TILAK | 49 |
| 6.2 Rahmenvereinbarung 1981 | 50 |
| 6.3 Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Bund | 51 |
| 6.4 Interne Genehmigungen | 52 |
| 6.5 Mitwirkung der Landesregierung | 53 |
| 6.6 Übereinkommen über die Finanzierung des Projektes „Klinik 2015“ | 53 |
| 6.7 Verrechnung TILAK- Eigenleistungen | 56 |
| 6.8 Bewertung der Bundesverhandlungen | 61 |
| 7. Geschäftsfielder | 63 |
| 7.1 Allgemeines | 63 |
| 7.2 Development, Projektmanagement und Bauträgerleistungen | 64 |
| 7.2.1 Development | 64 |
| 7.2.2 Projektmanagementleistungen | 65 |
| 7.2.2.1 Allgemeines | 65 |
| 7.2.2.2 PM - Kinder- und Herzzentrum KIZ - HZ | 66 |
Anhang Stellungnahme der Regierung
Bericht über die Einschau bei der TIVELOP Projektentwicklung und Projektmanagement GmbH

1. Einleitung

Prüfungskompetenz Gemäß § 1 Abs. 1 lit. c des Gesetzes vom 12.12.2002 über den Tiroler Landesrechnungshof (LGBl. 18/2002) obliegt diesem die Prüfung der Gebarung von Unternehmen, an denen das Land Tirol allein oder gemeinsam mit anderen Rechtsträgern, die der Prüfungszuständigkeit des LRH unterliegen, mit mindestens 50 % des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals beteiligt ist oder die das Land Tirol allein oder gemeinsam mit anderen solchen Rechtsträgern betreibt; die Prüfungszuständigkeit erstreckt sich auch auf die Unternehmen jeder weiteren Stufe, bei denen diese Voraussetzungen vorliegen.

Im Herbst 2000 gründete die im Alleineigentum des Landes stehende „TILAK - Tiroler Landes-Krankenanstalt-Gesellschaft m.b.H.” als 100%ige Tochtergesellschaft die Firma TIVELOP Projektentwicklung und Projektmanagement GmbH mit dem Sitz in Innsbruck. Diese Firma, im Folgenden kurz TIVELOP genannt, gründete zwischenzeitlich zwei eigene Tochterunternehmen, an denen sie zu je 100 % beteiligt ist, die TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH (2001) und die TCC Studentenheim GmbH (2003).


Weiters wurden die Aktivitäten der Gesellschaft in den einzelnen Geschäftsfeldern und die Abwicklung von Bau- und anderen Projekten der TILAK, soweit diese die TIVELOP betrafen, einer Ein-
1. Einleitung

schau unterzogen. Zu diesem Zweck war es notwendig, die gegenseitigen Auftragsbeziehungen, die gegenseitigen Personalverflechtungen sowie die gegenseitigen Zahlungsströme zu erheben und darzustellen.

Abgrenzung

Durch die engen organisatorischen und gesellschaftsrechtlichen Verflechtungen war eine Abgrenzung nicht immer leicht möglich, da auf verschiedenen Ebenen - Land Tirol, TILAK, TIVELOP und TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH sowie TCC Studentenheim GmbH - geprüft werden musste.

Maßstab

Als Maßstab für die Beurteilung, wem eine wirtschaftliche Tätigkeit zu Gute kommt, versuchte der LRH, in der Nutzenhierarchie des Steuerzahlers vorerst die Sicht und die Interessen des Landes Tirol, dann der TILAK und erst zum Schluss die der TIVELOP zu berücksichtigen.

Prüfauftrag

Der LRH prüfte im Jahr 2003 die Tochtergesellschaften im IT-Bereich der TILAK und streifte dabei auch die Tätigkeiten der TIVELOP. Der LRH sieht es als seine Aufgabe, nach nunmehr rd. vier Jahren ihres Bestehens über die Aktivitäten, die Ziele bzw. die Zielerreichung dieser Gesellschaft dem Tiroler Landtag zu berichten.

Der LRH führte eine Vor-Ort-Prüfung bei der TIVELOP und deren Tochtergesellschaften durch und tätigte zusätzlich Erhebungen bei der TILAK und in den für Krankenanstalten und Finanzen zuständigen Abteilungen des Amtes der Tiroler Landesregierung.

Grundsätzliches

Sämtliche im Bericht enthaltenen Rechnungsbeträge sind Nettobeträge, enthalten also keine Mehrwertsteuer.

Empfehlungen

Soweit der Bericht Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge enthält, die als Empfehlungen nach Art. 69 TLO gekennzeichnet sind und die ihrer Textierung nach an die Gesellschaften (TILAK oder TIVELOP bzw. Töchter) gerichtet sind, sind diese so zu verstehen, dass die Landesregierung (siehe Art. 69 Abs. 4 TLO .....die die Landesregierung zu vertreten hat....) bzw. das zuständige Regierungsmittglied als Eigentümervertreter auf die Gesellschaftsorgane (Geschäftsführer und Aufsichtsrat) im Sinne dieser Empfehlungen einwirken soll.

**Stellungnahme der Regierung**
Grundsätzlich ist festzustellen, dass Gegenstand der Prüfung des Landesrechnungshofes eine 100%-ige Tochterfirma der TILAK – Tiroler Landes-Krankenanstalt-Gesellschaft mbH ist, sodass die Einflussmöglichkeiten der Landesregierung auf die TIVELOP Projektentwicklung und Projektmanagement GmbH nur mittelbar über die Eigentümerrechte an der TILAK ausgeübt werden können. In der ersten Phase obliegt es daher den beiden genannten Gesellschaften, zum gegenständlichen Rohbericht des Landesrechnungshofes Stellung zu nehmen, zumal die für die Abgabe der Äußerung zur Verfügung stehende Frist knapp bemessen ist, sodass eingehende Gespräche mit den Verantwortlichen zu den teilweise doch sehr komplexen Themenstellungen noch nicht geführt werden konnten.

Das Verfahren nach Art. 69 Abs. 4 der Tiroler Landesordnung 1989 wird jedoch ausreichend Gelegenheit bieten, die Kritikpunkte und Empfehlungen des Landesrechnungshofes eingehend zu analysieren und die erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen einzuleiten.

Die Erklärungen der TIVELOP und der TILAK sind dieser Äußerung angeschlossen.

**Replik des LRH**
Der LRH hat schon mehrfach darauf hingewiesen, dass das LRHG nur eine Stellungnahme der Landesregierung zu den Rohberichten des LRH vorsieht. Stellungnahmen von geprüften Unternehmen auf die die Regierung verweist sind daher an sich unbeachtlich - es sei denn die Regierung erhebt diese zur eigenen Äußerung. Wie auch in der Vergangenheit möchte aber der LRH die Abgeordneten des Tiroler Landtages vollständig informieren und gibt daher im Folgenden auch die Stellungnahmen der TIVELOP und der TILAK wieder.

Allerdings wird in diesem Zusammenhang auf die unbefriedigende Rechtslage hingewiesen, die sich hier wieder einmal manifestiert.

**Stellungnahme der TIVELOP**
Die im Kapitel Unternehmensgegenstand angeführten Geschäftsfelder zeigen die Vielfältigkeit der durch die TIVELOP betriebenen Geschäftsfelder auf, weshalb verständlich ist, dass die Anforderung an den Landesrechnungshof (LRH) zur seriösen und tief greifenden Prüfung dieser einzelnen Aktivitäten recht hoch waren.

Aus diesem Grund ist auch verständlich, dass einige Interpretationen aus Sicht des geprüften Unternehmens korrekturbedürftig sind,
und wir dürfen gerne auf diese im Folgenden eingehen.

Wir wurden natürlich durch die kurzfristig anberaumte 6-monatige Prüfung (auch über Zeiten vor Zuständigkeit des LRH) in unserer operativen Geschäftstätigkeit aufgrund unserer wirtschaftlich ausgerichteten, d.h. knappen Personalstrukturen belastet. Dennoch haben wir uns bemüht, den LRH bestmöglich zu unterstützen. Zugleich möchten wir unsererseits uns beim LRH für die konstruktive Zusammenarbeit während der Prüfphase bedanken.

Aus dem Bericht geht richtigerweise hervor, dass etliche der Prüfungsinhalte nicht die TIVELOP betreffend, sondern ihr übergeordnete Instanzen. Wir können naturgemäß nur auf die die TIVELOP direkt betreffenden Themen eingehen.

Stellungnahme der TILAK

Mit Schreiben vom Mai 2005 wurde seitens der TILAK Herrn LAD-Stv. HR Dr. Schwamberger im Zuge der im Rahmen der Neustrukturierung der TILAK vorgesehenen Ausgliederung unserer Beteiligung TIVELOP vorgeschlagen, die TILAK-spezifischen Tätigkeitsbereiche der TIVELOP (Medizintechnikplanung, Bauprojektcontrolling, Baukostenverfolgung, Finanzierungsauswicklungen, etc.) entweder in die TILAK zu reintegrieren oder mit der Firma E&E Unternehmensberatung und EDV GmbH zu fusionieren, wobei die TILAK in diesem Fall vorweg alle Anteile der E&E Unternehmensberatung und EDV GmbH übernehmen sollte. Eine Bündelung des Know-hows beider Unternehmen würde die Marktchancen wesentlich verbessern.

Eine Übertragung der um die voraufgeführten TILAK-spezifischen Agenden reduzierte TIVELOP als Mutterunternehmen der TCC Errichtungs- und Betriebs GmbH und der TCC Studentenheim GmbH an eine eventuell neu zu gründende EWZ-Holding GmbH erscheint zur Grunderwerbssteuervermeidung (diese wäre bei einer gänzlichen Veräußerung der TCC Errichtungs- und Betriebs GmbH an die EWZ-Holding GmbH zu leisten) sinnvoll.


Bezüglich der im Bericht angesprochenen Kritikpunkte bzw. Empfehlungen dürfen wir im Übrigen wie folgt Stellung nehmen:

Die Errichtung sowohl der TIVELOP als auch deren beider Tochterunternehmen erfolgte ausschließlich nach vorheriger Befassung der jeweils zuständigen TILAK Gremien.
Hinweis
Gemäß § 6 Abs. 2 TirLRHG sind in den Berichten des LRH die veröffentlichten geeignete Vorkehrungen zur Wahrung des Datenschutzes und zum Schutz sonstiger berechtigter Geheimhaltungsinteressen zu treffen. In Vollzug dieser Bestimmung sind personenbezogene Daten den Geschäftsführer betreffend und Feststellungen die Honorarleistungen der geprüften Unternehmung betreffend, anonymisiert. Zur grundsätzlichen Problematik dieser Notwendigkeit wird auf die Diskussion zum Bericht über die TISCOVER AG verwiesen.

2. TILAK-Konzern

2.1 Tiroler Landeskrankenanstalten GmbH

Entstehungsgeschichte
Bis zum Jahr 1990 waren für den Bereich der Landeskrankenanstalten mehrere Abteilungen des Amtes der Tiroler Landesregierung zuständig; es gab jeweils eigene Referate für die gesundheitlichen Aufgaben, die Personalangelegenheiten, die Finanzen und die Bauprojekte der Krankenanstalten. Zudem verteilt sich die politische Verantwortung auf mehrere Regierungsmitglieder.

Motive und Ziele

Die Landesregierung und der Tiroler Landtag erhofften sich, diese Ziele mit der Installation eines ausgegliederten gemeinnützigen Unternehmens mit eigener Rechtspersönlichkeit, welches zur Gänze im Eigentum des Landes Tirol steht, zu verwirklichen.

Gründung der TILAK
Mit Gesellschaftsvertrag vom 3.12.1990 wurde die „Tiroler Landeskrankenanstalten-Gesellschaft m.b.H.“ als privatwirtschaftlich organisiertes Unternehmen mit einem Stammkapital von S 500.000,-- errichtet. Das Stammkapital beträgt nunmehr infolge der Euro-Umstellung € 37.000,--.
Übertragungsvertrag 


Das Land stellt der TILAK Zuschüsse laut Investitionsplan bereit und verpflichtete sich im Übertragungsvertrag, für die Liquidität der Gesellschaft Sorge zu tragen und allfällige Verluste abzudecken.

Personalzuweisungsgesetz 


Erweiterung der Aufgaben 


TILAK-Gesetz 

LGBl. 62/2004 

Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sicherzustellen. Das Gesetz sieht auch die Möglichkeit der Erfüllung dieser Aufgaben durch Tochtergesellschaften vor, allerdings mit der Auflage eines maßgeblichen Einflusses der TILAK auf deren Willensbildung.

Änderungen des Gesellschaftsvertrages

Neufassung Gesellschaftsvertrag

Unternehmenszweck

Organe
gesetzlichen und vertraglichen Vorgaben haben sich die genannten Einrichtungen bei ihrer Aufgabenerfüllung an die jeweiligen Geschäftsordnungen zu halten, z. B. hat der Landeshauptmann vor den Eigentümerentscheidungen, welche ihm als Vertreter des einzigen Gesellschafters Land Tirol zukommen, die Meinung des Beirates einzuholen.

Tochtergesellschaften und Beteiligungen

Mit der Auslagerung verschiedenster Arbeitsbereiche in eigens ge- gründete Tochtergesellschaften und der Beteiligung an anderen Unternehmungen sollten positive wirtschaftliche Effekte für das Unternehmen TILAK, das Land Tirol und die Qualität der medizinischen Versorgung erzielt werden.


Die Beteiligungsstruktur hinsichtlich der TIVELOP stellt sich wie folgt dar:

**Beteiligungsstruktur TIVELOP**

```
<table>
<thead>
<tr>
<th>Beteiligungsverwaltung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Innerhalb der TILAK erfolgt eine laufende Kontrolle der Beteiligungen. An die Stelle der ursprünglichen dreigliedrigen Zuordnung der Beteiligungen trat mit Vorstandsbeschluss vom Juni 2004 eine Aufteilung auf die beiden Vorstände.</td>
</tr>
</tbody>
</table>


2.2 TIVELOP Projektentwicklung und Projektmanagement GmbH

Projektsidee
In der 16. VR-Sitzung vom 29.05.2000 stellte der TILAK-Vorstand das Vorhaben dar, „Projektmanagementleistungen für Klinikbauten und Objekte aller Art im Gesundheitswesen zusammen mit Partnern aus der Baubranche „nach außen“ anzubieten“. Nach diesem Unternehmenskonzept sollte die TIVELOP das „Kaufmännische PM“ und die TILAK-internen bzw. externen Partner das „Technische PM“ übernehmen. Zu einer Zusammenarbeit mit externen Partnern ist es nie gekommen - was rückblickend in vergaberechtlicher Hinsicht für die TILAK und die TIVELOP von Vorteil war.

Motiv
Mit der Gründung einer eigenen Projektentwicklung und Projektmanagement GmbH erhoffte sich die TILAK, das spezifische Know-how, das innerhalb des Unternehmens in den Bereichen Bautechnik, Gebäudetechnik, Medizintechnik und IT-Planung erworben wurde, (auch) auf dem „freien Markt“ gewinnbringend anbieten zu können. Mit den zu erzielenden Erlösen sollte eine zusätzliche Einnahmequelle für die TILAK zur Finanzierung des medizinischen Fortschrittes geschaffen werden.

Ein weiteres Argument für die Gründung der TIVELOP war laut Aussage der TILAK, dass auf Grund der sinkenden Bautätigkeit in der TILAK die eigene Abteilung „Bau und Technik - BuT“ langfristig nur durch externe Aufträge ausgelastet werden könne.


Nach diesem Auslagerungs-Modell sollten also bisher vom Bund nicht akzeptierte TILAK-Eigenleistungen an die TIVELOP weiterverrechnet und dann den Investitionsprojekten wieder zugeschlagen werden. Die TILAK stellte sich vor, durch Verleasen von Mitarbeitern einen Teil des Personalaufwandes in die TIVELOP zu verlagern, der
wahrend sie dann dadurch als Drittleistung dem Bund verrechnet werden kann.

**weitere Gründe**
Eindeutig standen für die TILAK bei der Vorstellung dieses Projektes bzw. dieser Idee Wirtschaftlichkeitsüberlegungen im Vordergrund. Einerseits sollte zur Begrenzung der Haftung und aus organisatorischen Gründen eine eigene GmbH gegründet werden, andererseits war eine Ausgliederung aber auch deshalb notwendig, da im Rahmen der TILAK eine Gewinnerzielung auf Grund der für sie geltenden Gemeinnützigkeitsvorschriften nicht möglich ist.

**Genehmigungen**

**Gründung TIVELOP**

**Unternehmensgegenstand**
Der Unternehmensgegenstand ist gemäß § 2 der Errichtungserklärung „im Bereich bzw. Umfeld von Klinikbauten und Objekten im Gesundheitswesen im In- und Ausland angesiedelt und umfasst insbesondere die Geschäftsfelder (a) Bau-, Projektmanagement und -koordination; (b) Projektentwicklung und -akquisition; (c) Projektcontrolling, -steuerung und -buchhaltung; (d) Projektfinanzierung, (e) Terminplanung und -controlling; (f) SAP-Consulting; (g) sonstige Unternehmensberatungsleistungen; (h) Beteiligung an anderen Unternehmen der gleichen Art."

**Erweiterungen**
Mit Generalversammlungsbeschluss der TIVELOP vom Oktober 2001 wurde der Unternehmensgegenstand der Gesellschaft um nunmehr (c) Bauträgerleistungen, Liegenschaftsverwaltung und -Verwertung, (d) Medizintechnik-Planungsleistungen, -einkauf, -verkauf, und -wartung, erweitert, mit Generalversammlungsbeschluss vom August 2004 wurden (e) IT- Planungsleistungen und (f) Organisation und Durchführung von Buchhaltungen und Rechnungswesen sowie alle damit in Verbindung stehenden Tätigkeiten hinzugefügt.
Organe

Als Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die GV eingerichtet. Der Geschäftsführung obliegt die Leitung der Gesellschaft und die Entscheidung und Verfügung in allen Angelegenheiten, die nicht der GV vorbehalten sind. In der GV ist die TILAK als alleinige Eigentümerin der TIVELOP vertreten.

Kritik


Mit der Bestellung eines zweiten GF sollte Ing. Mag. Pöll, welcher inzwischen im Rahmen der TIVELOP auch die Geschäftsführung für die Tochtergesellschaften der TIVELOP übernommen hat, entlastet und zudem das Vier-Augen-Prinzip eingeführt werden.

Personal

Zur Erfüllung der an sie gestellten Aufgaben übernahm die TIVELOP schritt- bzw. phasenweise die bisher im Bereich Projektmanagement, Projektcontrolling, Projektfinanzierung und MT-Planung der TILAK beschäftigten Mitarbeiter im Rahmen eines „Personalleasing-Modells“ (s. u.).

Die wechselseitigen Rechte und Pflichten, insbesondere die Verrechnung der von der TIVELOP zu übernehmenden Leistungen und des von der TILAK zur Verfügung gestellten Personales wurden - mit einigen Ausnahmen - zwischen der TILAK und der TIVELOP vertraglich geregelt.

2.3 Tochtergesellschaften der TIVELOP

TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH

Im Zusammenhang mit den Plänen zur Errichtung des „TILAK-Competence Centers“ in Hall beabsichtigte die TILAK die Gründung einer Tochtergesellschaft durch die TIVELOP. Diese Gesellschaft sollte die Errichtung, den Auf- und Ausbau sowie die Finanzierung des
UMIT-Gebäudes (Baustufe 1) sowie des HITT-Gebäudes (Baustufe 2) übernehmen.

Nach Ansicht der TILAK sollte mit dieser Konstruktion das Haftungsrisiko für die TIVELOP und somit für die TILAK als deren Eigentümerin ausgeschaltet bzw. minimiert werden. Das Risiko des Gesellschafters ist bei einer GmbH mit dem Verlust des Stammkapitals begrenzt.

Der VR der TILAK stimmte im Oktober 2001 einstimmig der Gründung der Gesellschaft „TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH“ durch die TIVELOP als deren 100%ige Tochtergesellschaft mit einem Stammkapital von € 35.000,-- zu.

Die Firma wurde im Oktober 2001 unter FN 215037g im Firmenbuch des Landesgerichtes Innsbruck eingetragen. Die Gründungskosten sollten bis zu einem Höchstbetrag von € 7.000,-- durch die neu gegründete Firma getragen werden, die restlichen Kosten übernahm die TIVELOP.

Gesellschaftszweck
Neben dem oben angeführten primären Gesellschaftszweck dieser Firma sind der Betrieb, die Vermietung/Verpachtung und Verwertung des Zentrums samt Nebeneinrichtungen und die Beteiligung an anderen Unternehmen der gleichen Art im Gesellschaftsvertrag angeführt. Im Jahr 2004 wurde der Unternehmenszweck um die Gründung von Tochtergesellschaften im In- und Ausland erweitert.

Organe

Auf Grund der Personalunion in den Geschäftsführungen TIVELOP und TCC wurde die „de-facto-Generalversammlung“ der TCC Errichtungs- und Betriebs GmbH in Person des TILAK-Vorstandes definiert, der die tatsächlichen Beschlüsse trifft und diese zur Formalumsetzung an die TCC Generalversammlung (=TIVELOP Geschäftsführung) weiterleitete.
Ergebnisabführungsvertrag

Zwischen der TIVELOP und der TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH wurde ein auf fünf Jahre befristeter Ergebnisabführungsvertrag geschlossen. Die TIVELOP erhoffte sich, dadurch die in der Anfangsphase der neu gegründeten Firma erwarteten Verluste mit den eigenen erwarteten Gewinnen steuersenkend saldieren zu können. Der LRH bemerkt hiezu, dass bei dieser Vorgangsweise aber auch die wirtschaftlichen Risiken auf die TIVELOP und zum Teil weiter auf die TILAK übertragen werden.

Kritik


Das bedeutet, dass „aus Haftungsgründen“ allein die Errichtung einer zusätzlichen Gesellschaft mit den für die Gründung und den laufenden Betrieb verbundenen weiteren Kosten nicht erforderlich gewesen wäre.

Stellungnahme der TIVELOP

Der Hauptgrund für die im Immobilienbereich generell übliche Gründung von eigenständigen Errichtungs- und Betriebsgesellschaften liegt in dem Zweck, für bestimmte abgegrenzte Immobilienprojekte eigene Wirtschaftseinheiten (GmbH's) zu schaffen, die für die Errichtung, den Betrieb und auch die Aufnahme der Finanzierungen zuständig sind. Diese Vorgehensweise hat sich nachweislich auch in der Zusammenarbeit mit den finanzierenden Banken als Vorteil erwiesen und ist darüber hinaus auch zweifellos branchenüblich.

Stellungnahme der TILAK

Für die Gründung der TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft stand für die TILAK nicht haftungsrechtliche Aspekte im Vordergrund, sondern es war beabsichtigt, die Errichtung und den laufenden Betrieb des UMIT-Gebäudes über eine eigene Gesellschaft abzuwickeln. Mittels des Instrumentes „Ergebnisabführungsvertrages“ und der damit verbundenen Verlustübernahme in die TIVELOP wollte man die Körperschaftssteuerbelastung dieser Gesellschaft minimieren. Im Zuge der Neustrukturierung wird die Empfehlung des LRH, den Ergebnisabführungsvertrag gegen das neue Gruppenbe-
steuerungsmodell auszutauschen, geprüft und allenfalls umgesetzt werden.

Replik des LRH


Die angeführte Minimierung der Körperschaftssteuerbelastung der TIVELOP hätte auch durch die Geltendmachung der Sonderabschreibung bei der TIVELOP selbst erzielt werden können.

Der LRH ist weiters der Ansicht, dass das Argument der „branchenüblichen Vorgangsweise“ für die Gründung einer Errichtungs- und Betriebsgesellschaft nicht maßgebend sein sollte. Vielmehr sind in der Regel organisatorische Abgrenzungsfragen, steuerrechtliche Aspekte und der Ausschluss von Haftungsrisiken in jedem einzelnen Fall abzuklären und abzuwieg.

TCC- Studentenheim GmbH

Im Zuge der Projektentwicklung des UMIT-Gebäudes stellte die TCC fest, dass auch ein Studentenheim für die Gesamtkonzeption am Areal erforderlich sei. Bundesförderungen für Studentenheime „erhalten nur juristische Personen, insbesondere öffentlich-rechtliche Körperschaften, die nach Satzung ... Heimplätze für Studierende zur Verfügung stellen“ (§ 3 Studentenheimgesetz). Da weder die TCC noch die TIVELOP diese Voraussetzung erfüllten, war die Gründung einer eigenen Gesellschaft für die Errichtung und den Betrieb eines Studentenheimes erforderlich.


Gesellschaftszweck
Der Unternehmensgegenstand der TCC Studentenheim GmbH ist sehr umfassend und beinhaltet (a) den Erwerb, die Verwertung, Veräußerung, Anmietung und Nutzung von Grundstücken, Baurechten und anderen Bestandsrechten sowie Teilen davon; (b) die Errichtung, den Auf- und Ausbau, Finanzierung, Betrieb, Vermietung, Verpachtung und Verwertung von Unterkünften - v. a. für in Ausbildung befindliche Personen, insbesondere Studenten und Studentinnen – samt Nebeneinrichtungen; (c) Vermietung und Betrieb derartiger Unterkünfte sowie alle damit verbundenen wirtschaftlichen Nebentätigkeiten; (d) Vermietung, Verpachtung und Betrieb derartiger Einrichtungen auch als Hotelbetrieb; (e) alle Handlungen, Geschäfte und Maßnahmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes förderlich erscheinen; (f) die Beteiligung an anderen Unternehmen der gleichen Art.

Organe

Vom GF der TIVELOP und der TCC Studentenheim GmbH wurde im Namen der beiden Firmen - analog zur TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH - ein (identischer) Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen, ohne jedoch hiefür die Zustimmung der GV der TIVELOP einzuholen.

Stellungnahme der TIVELOP
Der Ergebnisabführungsvertrag (EAV) zur TCC Studentenheim GmbH wurde analog dem durch die GV beschlossenen EAV zur TCC E+B GmbH eingerichtet, allerdings wurde in der nachfolgenden GV im Zuge der Genehmigung des Jahresabschlusses 2003 die rückwirkende Aufhebung dieses Ergebnisabführungsvertrages aus finanztechnischen Gründen beschlossen.
Replik des LRH

Wie aus der Stellungnahme der TILAK ersichtlich, sollte mit der Verlustübernahme durch die TIVELOP deren Körperschaftssteuerbelastung minimiert werden. Die Stellungnahme der TIVELOP, dass die Aufhebung des EAV mit der TCC Studentenheim GmbH aus „finanztechnischen Gründen“ erfolgte, ist damit nunmehr nicht in Einklang zu bringen. Vielmehr ist der LRH der Ansicht, dass die Aufhebung im haftungsrechtlichen Interesse der TILAK gelegen ist.


Patronatserklärung

In der GV der TIVELOP vom März 2004 wurde - nach Fertigstellung des Jahresabschlusses 2003 - die Aufhebung des (eigenmächtig) abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages beschlossen. „Als Ausgleich“ erklärte die TILAK, die Haftung für ein allfälliges negatives Eigenkapital der TCC Studentenheim GmbH in Form einer Patronatserklärung zu übernehmen.

Kritik

Der Abschluss einer Bürgschaftserklärung - hier in Form einer Patronatserklärung - macht die Argumentation des (zuständigen) TILAK-Vorstandes hinfällig, Risiko für die Muttergesellschaften auszulagern, da die TILAK in diesem Fall eine unmittelbare wirtschaftliche und rechtliche Verantwortung für die Enkelgesellschaft übernahm.

Hinweis


3. Gebarungsüberblick

3.1 Jahresabschlüsse


### 3.2 Analyse der Bilanzen


**Bilanz der TIVELOP**

<table>
<thead>
<tr>
<th>BILANZ DER TIVELOP GmbH in € 1.000</th>
<th>2001</th>
<th>2002</th>
<th>2003</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>AKTIVA</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>A. Anlagevermögen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung</td>
<td>10.042</td>
<td>15.333</td>
<td>27.319</td>
</tr>
<tr>
<td>Anteile an verbundenen Unternehmen</td>
<td>35.000</td>
<td>35.000</td>
<td>70.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Wertpapiere (Wertrechte des Anlagevermögens)</td>
<td>15.424</td>
<td>15.424</td>
<td>15.424</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe Anlagevermögen</strong></td>
<td>60.466</td>
<td>65.757</td>
<td>112.743</td>
</tr>
<tr>
<td>B. Umlaufvermögen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</td>
<td>241.912</td>
<td>317.164</td>
<td>3.402.820</td>
</tr>
<tr>
<td>Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen</td>
<td>42.960</td>
<td>0</td>
<td>280.000</td>
</tr>
<tr>
<td>sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände</td>
<td>0</td>
<td>108.970</td>
<td>25.598</td>
</tr>
<tr>
<td>Geldbestände</td>
<td>596.783</td>
<td>898.199</td>
<td>258.442</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe Umlaufvermögen</strong></td>
<td>881.655</td>
<td>1.324.333</td>
<td>3.966.860</td>
</tr>
<tr>
<td>C. Rechnungsabgrenzungen</td>
<td>0</td>
<td>3.234</td>
<td>16.352</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe Aktiva</strong></td>
<td>942.121</td>
<td>1.393.324</td>
<td>4.095.955</td>
</tr>
</tbody>
</table>
## 3. Gebarungsüberblick

### PASSIVA

<table>
<thead>
<tr>
<th>A. Eigenkapital</th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Stammkapital</td>
<td>35.000</td>
<td>35.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Bilanzgewinn/Bilanzverlust</td>
<td>35.828</td>
<td>91.015</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe Eigenkapital</strong></td>
<td>70.828</td>
<td>126.015</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>B. Rückstellungen</th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Rückstellungen für Abfertigungen</td>
<td>3.103</td>
<td>14.364</td>
</tr>
<tr>
<td>Steuerrückstellungen</td>
<td>16.299</td>
<td>3.874</td>
</tr>
<tr>
<td>sonstige Rückstellungen</td>
<td>13.124</td>
<td>39.549</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe Rückstellungen</strong></td>
<td>32.526</td>
<td>57.787</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>C. Verbindlichkeiten</th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>erhaltene Anzahlungen</td>
<td>264.168</td>
<td>140.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</td>
<td>331.530</td>
<td>738.343</td>
</tr>
<tr>
<td>Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen</td>
<td>0</td>
<td>79.615</td>
</tr>
<tr>
<td>sonstige Verbindlichkeiten</td>
<td>243.069</td>
<td>251.564</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe Verbindlichkeiten</strong></td>
<td>838.767</td>
<td>1.209.522</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe Passiva</strong></td>
<td>942.121</td>
<td>1.393.324</td>
</tr>
</tbody>
</table>

### Sachanlagen


### Finanzanlagevermögen

Unter der Position „Anteile an verbundenen Unternehmen“ sind folgende Beteiligungen ausgewiesen:

1. 100 %ige Beteiligung an der TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH mit einer geleisteten Stammeinlage von € 35.000,-- (seit 2001);
2. 100 %ige Beteiligung an der TCC Studentenheim GmbH mit einer geleisteten Stammeinlage von € 35.000,-- (seit 2003).

Die sonstigen Wertpapiere des Anlagevermögens dienen zur Deckung der Abfertigungsrückstellung.
## Ergebnisabführungsvertrag

### Vorteile
Durch die steuerliche Zusammenrechnung innerhalb dieser Organschaft können steuerliche Verluste, die beispielsweise in der Anlaufphase einer Tochtergesellschaft entstehen, mit steuerlichen Gewinnen der Muttergesellschaft Körperschaftsteuer senkend ausgeglichen werden.

### Nachteile
Um jedoch die steuerrechtlichen Vorteile zu nutzen, muss der Organträger, also die Muttergesellschaft, zwingend auch alle handelsrechtlichen Verluste der Tochtergesellschaft übernehmen. Das bedeutet, dass das Risiko der Tochtergesellschaft auf die Muttergesellschaft übertragen wird.

### Hinweis

### Empfehlung nach Art. 69 TLO
Wenn man der Argumentation folgt, dass der Ergebnisabführungsvertrag nur aus steuerrechtlichen Gründen abgeschlossen wurde, empfiehlt der LRH, diesen gegen das neue Gruppenbesteuerungsmodell auszutauschen, da dadurch die steuerrechtlichen Vorteile genutzt werden können, ohne dass die TIVELOP das Haftungsrisiko für die TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft zu tragen hat.

### Stellungnahme der TIVELOP
3. Gebarungsüberblick

Patronatserklärung


Kritik

Der LRH stellt kritisch fest, dass bis zur Berichtslegung diese Patronatserklärung weder vorliegt noch deren nähere Bestimmungen fest- stehen.

Wertansatz

Der Wertansatz der Beteiligungen ist trotz des in der Bilanz 2003 der TCC Studentenheim GmbH ausgewiesenen negativen Eigenkapitals von € - 235.094,73 als schlüssig zu bezeichnen, da dieses aus der Inanspruchnahme der 7%igen Sonderabschreibung in Höhe von € 266.000,-- für die Errichtung des Studentenheimes resultiert. Auch wenn das für die Dauer von zwei Jahren zur Ankurbelung von Investi- tionen eingeführte „Steuerzuckerl“ der 7%igen Sonderabschreibung nach Auflösung des Ergebnisabführungsvertrages nicht mehr steuer- senkend zugunsten der TIVELOP genutzt werden kann, so bleiben die Vorteile daraus für die TCC Studentenheim GmbH durch die zeitli- che Aufteilung der Steuerbelastung auf die Folgejahre erhalten.

Wertpapiere

Bei den sonstigen Wertpapieren des Anlagevermögens handelt es sich um Wertpapiere zur Deckung der Abfertigungsrückstellung.

Umlaufvermögen


Bezüglich des Bestandes bzw. der Veränderung der liquiden Mittel wird auf die nachfolgende Kapitalflussrechnung (siehe Punkt 3.3 Analyse der GuV) verwiesen.

### Eigenkapital
Das Stammkapital der TIVELOP ist zur Gänze einbehalten. 100%ige Alleingesellschafterin ist die TILAK.

### Bilanzgewinn

#### Entwicklung Bilanzergebnis (Beträge in €)

![Graphik Entwicklung Bilanzergebnis](image)

### Rückstellungen
Die Abfertigungsüberblick


### Verbindlichkeiten
Die Verbindlichkeiten der TIVELOP weisen im Geschäftsjahr 2003 unter „Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen“ eine Summe von € 338.000,-- aus und unter „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ eine Summe von € 708.000,--. Die „erhaltenen Anzahlungen“ stiegen auf Grund der Baumaßnahmen

**Kritik**


**Working Capital**

### 3.3 Analyse der Gewinn- und Verlustrechnung

Die komprimierten GuV der TIVELOP stellen sich wie folgt dar:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Jahre</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>EINNAHMEN</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>Umsatzerlöse</td>
</tr>
<tr>
<td>sonstige betriebliche Erträge</td>
</tr>
<tr>
<td>Betriebsleistung</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>AUSGABEN</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>Materialaufwand</td>
</tr>
<tr>
<td>Personal aufwand</td>
</tr>
<tr>
<td>Abschreibungen</td>
</tr>
<tr>
<td>sonstige betriebliche Aufwendungen</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe Ausgaben</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Jahre</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Betriebsergebnis</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Zinserträge</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Zinsaufwand und ähnliche Aufwendungen</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Verlustübernahme TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Finanzergebnis</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Jahresgewinn/Jahresverlust</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Gewinnvortrag Vorjahr</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Bilanzgewinn</strong></td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Erlösentwicklung**

Das bedeutet, dass in der Praxis die TIVELOP die Bauzuschüsse der Fördergeber (s. u.) vereinnahmte, aber auch die Bauausgaben für die eigentlichen Bauherrn - die TCC - tätigte. Für die TIVELOP handelte es sich dabei effektiv um durchlaufende Beträge, die sie 1:1 an die TCC weiterverrechnete.

**Stellungnahme der TIVELOP**

Es werden hier zwei getrennte Geschäftsprozesse vermengt:

a) Zum einen erbringt die TIVELOP-GmbH die komplette Bauträgerabwicklung auf Rechnung der TCC Errichtungs- und Betriebs GmbH bzw. der TCC Studentenheimg GmbH. Diese Leistungen werden an die Errichtungsgesellschaften als Bauträgerleistungen verrechnet.

b) Die Errichtungsgesellschaften selbst nehmen die Finanzierungen auf und vereinnahmen allfällige Bauzuschüsse der Fördergeber. Andererseits tragen die Errichtungsgesellschaften die an sie verrechneten Bauträgerleistungen (der TIVELOP GmbH).

Es ist richtig, dass die Bauträgerleistungsverrechnung an die Errichtungsgesellschaften nach dem IST-Kosten-Prinzip erfolgte, und im Gegenzug keine Bauträgerrisiken durch die TIVELOP GmbH übernommen wurden. Dennoch verbleibt die organisatorische Bauträger-Gesamtverantwortung bei der TIVELOP GmbH.

**Replik des LRH**

Dem LRH ist klar, dass es sich um zwei getrennte Geschäftsprozesse handelt und dass die Tochtergesellschaften der TIVELOP die Förderungsgelder erhielten. Der LRH machte nur deutlich („in der Praxis bedeutet dies“), dass diese Förderungsgelder praktisch an die TIVELOP gingen, welche die Bauausgaben für ihre Tochtergesellschaften tätigte.

**Aufwandsanalyse**

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Gesamtaufwendungen der TIVELOP laut GuV des Berichtszeitraumes. Das Finanzergebnis, welches hauptsächlich die Verlustübernahme für die Tochtergesellschaft TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH umfasst, ist in dieser Darstellung nicht enthalten.
### 3. Gebarungsüberblick

Gesamtaufwendungen der TIVELOP in € (ohne Finanzergebnis):

<table>
<thead>
<tr>
<th>Aufwandsverteilung</th>
<th>2001</th>
<th>2002</th>
<th>2003</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Materialaufwand</td>
<td>71,16 %</td>
<td>58,33 %</td>
<td>92,62 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Personalaufwand</td>
<td>3,58 %</td>
<td>36,43 %</td>
<td>6,03 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Abschreibungen</td>
<td>0,45 %</td>
<td>0,33 %</td>
<td>0,09 %</td>
</tr>
<tr>
<td>sonstige betriebliche Aufwendungen</td>
<td>24,81%</td>
<td>4,91 %</td>
<td>1,26 %</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>100 %</td>
<td>100 %</td>
<td>100 %</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Die Aufwandsverteilung des Jahres 2003 stellt sich graphisch wie folgt dar:

#### Aufwandsverteilung 2003:

Materialaufwand 93%

Personalaufwand 6%

so. betriebliche Aufwendungen 1%

Die Verbundenheit der TIVELOP mit der TILAK als 100%ige Tochtergesellschaft zeigt sich nicht nur in ihrer rechtlichen, organisatorischen und räumlichen Nähe, sondern auch im Bereich des Personals. Bei der Mehrzahl der Mitarbeiter handelt es sich um Landesbedienstete, die von der TILAK der TIVELOP zum Dienst zugewiesen wurden (s. u.).


Der dargestellte Anstieg im Bereich des Personalaufwandes ist hauptsächlich damit zu erklären, dass die TIVELOP ab dem Jahr 2002 die Personalkosten der dienstzugewiesenen TILAK-Bediensteten nicht mehr unter der Position „sonstige betriebliche Aufwendungen“, sondern unter der Position „Personalaufwand“ verbuchte. Der LRH stellte fest, dass es sich bei diesen „Kosten für beigestelltes Personal“ um typische Fremdleistungen handelt, die unter „Auf-
wendungen für bezogene Leistungen“ auszuweisen sind. Die von der TIVELOP gewählte Darstellung spiegelt nicht die tatsächlichen Verhältnisse wider.

**Stellungnahme der TIVELOP**

Wir sind der Ansicht, dass auf Grund der personalrechtlichen Dienstzuordnung der angesprochenen Mitarbeiter sowie auf Grund der Zuweisung der Dienstgeberfunktion an die GF der TIVELOP ein Ausweis dieses Aufwandes als Personalaufwand korrekt ist. Diese Ansicht teilt auch unser Steuerberater.

**Replik des LRH**

3. Gebarungsüberblick

sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verteilen sich (zusammengefasst) auf nachstehende Positionen (Beträge in €):

<table>
<thead>
<tr>
<th>Position</th>
<th>2001</th>
<th>2002</th>
<th>2003</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Instandhaltung, Reparaturen</td>
<td>0</td>
<td>488</td>
<td>3.267</td>
</tr>
<tr>
<td>Versicherungen</td>
<td>8.160</td>
<td>10.018</td>
<td>32.497</td>
</tr>
<tr>
<td>Transportkosten durch Dritte</td>
<td>0</td>
<td>12</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Reise- und Fahrtspesen</td>
<td>7.992</td>
<td>10.310</td>
<td>8.164</td>
</tr>
<tr>
<td>Post- und Telefongebühren</td>
<td>6.193</td>
<td>4.613</td>
<td>4.868</td>
</tr>
<tr>
<td>Miete, Leasing</td>
<td>8.677</td>
<td>11.708</td>
<td>11.712</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienstleistungen</td>
<td>24.701</td>
<td>4.942</td>
<td>6.159</td>
</tr>
<tr>
<td>Büromaterial, Buchhaltung, Lohnverrechnung</td>
<td>18.996</td>
<td>22.263</td>
<td>32.392</td>
</tr>
<tr>
<td>Fachliteratur, Zeitungen</td>
<td>0</td>
<td>177</td>
<td>19</td>
</tr>
<tr>
<td>Werbung</td>
<td>502</td>
<td>3.252</td>
<td>11.383</td>
</tr>
<tr>
<td>Rechts- und Beratungskosten</td>
<td>1.851</td>
<td>24.746</td>
<td>24.744</td>
</tr>
<tr>
<td>Aus- und Fortbildung</td>
<td>4.221</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Pflicht- und Mitgliedsbeiträge</td>
<td>0</td>
<td>915</td>
<td>995</td>
</tr>
<tr>
<td>Spesen des Geldverkehrs</td>
<td>352</td>
<td>394</td>
<td>1.261</td>
</tr>
<tr>
<td>sonstige betriebliche Aufwendungen</td>
<td>675</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe</strong></td>
<td><strong>82.320</strong></td>
<td><strong>93.838</strong></td>
<td><strong>137.461</strong></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Nach Durchsicht der Einzelbelege der „sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ kam der LRH zur Ansicht, dass die Geschäftsgebarung der TIVELOP in diesem Bereich im Großen und Ganzen sparsam abgewickelt wurde und keinen Anlass zur Kritik ergab.

Finanzergebnis

begrenzt war und positive steuerliche Effekte bewirkt, zu Stande gekommen.

| Kapitalflussrechnung (Cashflow) | Bei der Erfolgsanalyse werden die Positionen der GuV analysiert, die zum jeweiligen Jahresergebnis geführt haben. Eine der wichtigsten Kennzahlen dazu ist der so genannte Cashflow. Der positive Cashflow drückt den in einer Periode aus der „gewöhnlichen“ betrieblichen Tätigkeit erwirtschafteten Überschuss der Betriebseinnahmen über die laufenden Betriebsausgaben aus. Er zeigt die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel eines Unternehmens auf und ist somit ein Indikator für die Ertrags- und Finanzkraft eines Unternehmens. |
| Eigenkapitalquote | Für die Frage eines allfälligen Reorganisationsbedarfes nach dem Unternehmens-Reorganisationsgesetz sind die Eigenkapitalquote, der dynamische Verschuldungsgrad und die fiktive Schuldentilgungsdauer von Bedeutung. |
| Verschuldungsgrad | Die Eigenkapitalquote, das ist der relative Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital, gibt Aufschluss über die Finanzierungsstruktur eines Unternehmens. Die Eigenkapitalquote der TIVELOP betrug im Jahr 2001 8 %, im Jahr 2002 9 % und sank im Jahr 2003 auf 4 %. |
| | Die fiktive Schuldentilgungsdauer lag 2003 durch die Verlustübernahme der TCC Betriebs- und Errichtungsgesellschaft mbH rein rechnerisch bei 68 Jahren. |
Auf den ersten Blick liegen alle Voraussetzungen für den gesetzlich geforderten Reorganisationsbedarf vor. Da der Verlust der TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH jedoch (nur) aus der Inanspruchnahme der 7%igen vorzeitigen Sonderabschreibung resultiert, wird der vermutete Reorganisationsbedarf relativiert, was bedeutet, dass die gesetzlich geforderten Maßnahmen nicht erforderlich sind.

**Eigenkapitalrentabilität**

Zur Berechnung der innerbetrieblichen Verzinsung, also zur Ermittlung der Rendite des vom Eigentümer TILAK eingesetzten Kapitals, wird das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit durch das durchschnittliche Eigenkapital dividiert. Für das Jahr 2001 errechnet sich eine Eigenkapitalrentabilität von 95,7 %, für das Jahr 2002 von 84,2 % und für das Jahr 2003 immerhin noch von 38,7%.

**Geschäftsjahr 2004**

Nach Auskunft des GF der TIVELOP ist der Jahresabschluss 2004 zum Zeitpunkt der Berichtslegung noch nicht fertig gestellt. Informativ wurde mitgeteilt, dass das Unternehmen in diesem Zeitraum keine Gewinne, aber auch keine Verluste „erwirtschaftete“.

**Hinweis**

Der LRH weist darauf hin, dass sich die Geschäftstätigkeit der TIVELOP im Berichtszeitraum fast ausschließlich innerhalb des TILAK-Konzerns entfaltet hat. Aus diesem Grunde wurde auf die Ermittlung betriebswirtschaftlicher Kennzahlen zum Großteil verzichtet, da diesen unter den gegebenen Voraussetzungen keine Aussagekraft zukommt.

### 4. Personalangelegenheiten

#### 4.1 Rechtliche Rahmenbedingungen

„Zuweisungsgesetz“


Übertragungsvertrag

Im Übertragungsvertrag vom Jänner 1991 werden nähere Bestimmungen bezüglich der Zuweisungen getroffen. Es wird vor allem festgehalten, dass die Anzahl der Dienstverhältnisse durch den jeweiligen Stellenplan des Landes beschränkt ist und die TILAK dem Land sämtliche Personalkosten zu ersetzen hat.

Das jeweilige Dienstverhältnis besteht mit dem Land Tirol, Dienstverträge für neu eintretende Vertragsbedienstete werden aber von der TILAK im Namen des Landes abgeschlossen.

TILAK-Gesetz


4.2 „Weitergabe“ von Landesbediensteten durch die TILAK

Baucontrolling

4. Personalangelegenheiten

Der genannten Vereinbarung entsprechend hat die TIVELOP die Personalkosten an die TILAK zu refundieren. Die Kosten der gesamten Lohnbuchhaltung sind in den vereinbarten Honorarsätzen berücksichtigt.

MT- Planung


IT- Planung

Für die Übernahme der IT-Planungen ab 2004 sollte ein gleiches Modell „mit Dienstzuordnung“ angewendet werden, eine dementprechende Vereinbarung zwischen der TILAK und der TIVELOP liegt zwar im Entwurf vor, ist aber nicht unterfertigt.

weitere Mitarbeiter

Im Geschäftsfeld „Projektmanagement“ und im Buchhaltungsbereich (anteilig) wurde jeweils ein Bediensteter dauernd der TIVELOP zur Dienstleistung zugeteilt und die Personalkosten von ihr getragen.

Neben der dauernden Dienstzuteilung wurden Mitarbeiter der TILAK, insbesondere der Abteilung BuT, für einzelne Projekte bzw. für einzelne, bestimmte Zeiträume von der TIVELOP beansprucht und für diese die Personalkosten übernommen. Für diese Mitarbeiter verblieb die dienstrechtliche Anordnungsbezugnis bei der TILAK.

rechtliche unklare Situation

Ob das praktizierte Modell des „Personalleasing“ den Bestimmungen des Übertragungsvertrages bzw. den „Personalzuweisungs gesetzen“ entsprach, wurde innerhalb der TILAK in Frage gestellt. Im Auftrag des TILAK-Vorstandes wurde auf verschiedenen TILAK- Ebenen versucht, die „interimistischen Personalleasing-Modelle zu bereinigen“.

Ergebnis

Die TILAK holte schließlich im Oktober 2003 ein Rechtsgutachten zur Klärung der Frage ein, ob die Weitergabe der vom Land Tirol zugewiesenen Vertragsbediensteten an eigene Tochterunternehmungen bzw. andere Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, zulässig ist. Der Gutachter kam zu dem Ergebnis, dass dies grundsätzlich möglich sei, die TILAK aber dabei die den Dienstnehmern


Der LRH stellt kritisch fest, dass die TILAK Personal-Outsourcing einfach praktizierte, ohne zuvor die rechtlichen Rahmenbedingungen und mögliche weitreichende Folgen in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, sowohl für die TILAK und das Land Tirol als auch für die Bediensteten abzuklären. Es war nicht klar, ob dienstzugewiesenes Personal überhaupt weitergegeben werden darf und wenn ja, ob das L-VBG (weiterhin) für diese Bediensteten anzuwenden ist, ob und zu welchen Bedingungen eine Rückkehr zur TILAK möglich ist, wie Abfertigungsansprüche, Jubiläumsgelder, etc. zu handhaben sind.

Erst das TILAK-Gesetz 2004 brachte insoweit eine gewisse Klärung als es (prinzipiell) von einer Befugnis der TILAK zur Gründung von Tochtergesellschaften zur Besorgung der ihr vom Land übertragenen Aufgaben - bei maßgeblicher Einflussmöglichkeit auf deren Willensbildung - ausgeht. Diese Aufgaben sind:

- der Betrieb, die Erhaltung sowie allfällige Erweiterung der Landeskrankenanstalten und der mit diesen in Verbindung stehenden Einrichtungen,
- die Verwaltung des dem Betrieb der Landeskrankenanstalten und der mit diesen in Verbindung stehenden Einrichtungen gewidmeten beweglichen und unbeweglichen Landesvermögens,
- Aufgaben zur Sicherstellung einer zeitgemäßen und bedarfsge rechten medizinischen Versorgung, insbesondere auch im Bereich der Aus- und Fortbildung sowie der Forschung.
Allerdings steht der „Weiterzuweisung“ von (Landes-) Bediensteten an eine TILAK Tochtergesellschaft der Wortlaut des § 2 dieses Gesetzes entgegen, wonach (nur) von einer Zuweisung von Landesbediensteten an die Gesellschaft (TILAK) die Rede ist. Da eine eigene gesetzliche Regelung erforderlich war, um Landesbedienstete einer GmbH zur Dienstleistung zuzuweisen, ist es nach Ansicht des LRH unzulässig, Landesbedienstete durch ein sehr vereinfachtes Verfahren (teilweise faktische Handlungen) einer weiteren GmbH (also einer neuen juristischen Person) weiter zuzuweisen.


4. Personalangelegenheiten

4.3 Personalstruktur in der TIVELOP


Angestellte

Tatsächlich wurden die im Jahr 2004 neu eintretenden Mitarbeiter direkt bei der TIVELOP nach dem Angestelltenrecht eingestellt: im Technischen Büro zwei Bedienstete, in der Buchhaltung und im neu geschaffenen Geschäftsfeld Financial Services eine Voll- und eine zu 50 % Teilzeitbeschäftigte.

Hinweis

Somit bestehen innerhalb der TIVELOP rechtlich verschiedenartige Dienstverhältnisse. Das Beschäftigungsausmaß der von der TILAK zugewiesenen Mitarbeiter (9 Dienstposten) und der nach dem Angestelltenrecht beschäftigten Bediensteten (7,7 Bedienstete) ist nunmehr nahezu gleich hoch.

Personalstand

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Personalstandes der TIVELOP seit dem Zeitpunkt ihres Bestehens. Dabei wird eine Zuordnung der Mitarbeiter zu den einzelnen Geschäftsfeldern vorgenommen; dauernd zugeteilte und direkt Beschäftigte sind zusammengefasst. Die für einzelne Projekte, insbesondere für das KHZ, zugeteilten Mitarbeiter der TILAK wurden außer Acht gelassen.

Zum Vergleich wird auch die Situation in den Geschäftsbereichen der TILAK vor der Übernahme durch die TIVELOP dargestellt.
4. Personalangelegenheiten

Personalstand:

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>GF inkl. Sekretariat</td>
<td>0</td>
<td>2</td>
<td>2</td>
<td>2,2</td>
<td>2,2</td>
<td>2,2</td>
</tr>
<tr>
<td>BCO</td>
<td>4</td>
<td>3</td>
<td>3</td>
<td>3</td>
<td>3</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>PM</td>
<td>0</td>
<td>1</td>
<td>2</td>
<td>2</td>
<td>2</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>IT</td>
<td>1</td>
<td>1</td>
<td>1</td>
<td>1</td>
<td>1</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>FS</td>
<td>0</td>
<td>1</td>
<td>1</td>
<td>2,5</td>
<td>2,5</td>
<td>2,5</td>
</tr>
<tr>
<td>MT-TB</td>
<td>3</td>
<td>3</td>
<td>4</td>
<td>5</td>
<td>8</td>
<td>6</td>
</tr>
<tr>
<td>Summe</td>
<td>8</td>
<td>11</td>
<td>13</td>
<td>14</td>
<td>18,7</td>
<td>16,7</td>
</tr>
</tbody>
</table>

*… Stichtag 30.06.2005  
Teilbeschäftigungen sind auf 1/2 Stellen gerundet

Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass sich die Zahl der Mitarbeiter in den nunmehr von der TIVELOP betreuten Geschäftsfeldern im Vergleich zu „TILAK-Zeiten“ innerhalb von fünf Jahren mehr als verdoppelt hat. Diese Ausweitung ist auf nachfolgende Gründe zurückzuführen:

- die Installation eines zweiten GF im vorgesehenen Ausmaß von 20 %,
- die Übernahme von Aufgaben im Rechnungswesen bzw. im Geschäftsfeld „Financial Services“ für die TIVELOP Tochtergesellschaften,
- die Durchführung von Aufgaben im Bereich Projektmanagement für die TILAK-Abteilung BuT,

Seit dem Jahr 2005 wird der „Medizintechnikgeräteeinkauf“ wieder von der TILAK selbst getätigt, die beiden zuständigen Sachbearbeiter kehrten zur TILAK zurück.

BuT  
Ein wesentliches Motiv für die Ausgliederung von TILAK-Leistungen an die TIVELOP war das Argument, dass „der Bestand der TILAK-Abteilung BuT auf Grund des sinkenden TILAK-Bauvolumens langfristig durch externe Aufträge gesichert werden soll“. In dieser Abteilung waren damals neun Bedienstete mit „Projektleitungsaufga-
4. Personalangelegenheiten

ben“ für TILAK-Bauprojekte betraut, der Personalstand für Projekt
leitungsaufgaben hat sich seither um einen Bediensteten erhöht, der
jedoch vorwiegend Instandhaltungsaufgaben am LKH Innsbruck
betreut.

Kritik

Nach Ansicht des LRH handelt es sich beim Argument „Sicherung
der Arbeitsplätze in der Abteilung BuT“ um ein Scheinargument, das
vielmehr dazu diente, die in der TILAK vorhandenen Widerstände
gegen die TIVELOP-Gründung abzubauen. Seiner Ansicht nach ist
die Behauptung „sinkendes Bauvolumen“ nach Durchsicht des im
„Klinik 2015 Investitionsprogramm“ enthaltenen Bauvolumens nicht
zutreffend, vielmehr ist dessen Umsetzung mit den bestehenden
Bediensteten sogar eine Herausforderung für die Abteilung BuT.

Der LRH sieht es nicht als Aufgabe der TILAK, eine „Bauabteilung“
zu sichern. Vielmehr soll die Größe einer Abteilung dem durch-
schnittlich anfallenden Arbeitsvolumen angepasst sein. Falls dieses
langfristig sinkt, sind von der TILAK im Rahmen des Dienstrechtes
die entsprechenden Personalmaßnahmen zu setzen, um betriebs-
wirtschaftlichen Erfordernissen zu entsprechen.

4.4 Gehaltsstruktur der TIVELOP

TIVELOP-Bedienstete

Wie schon erwähnt, werden ab dem Jahr 004 neu eintretende Mit-
arbeiter nicht mehr nach dem L-VBG sondern nach dem Angestell-
tenrecht beschäftigt. Das Gehaltsniveau dieser Bediensteten liegt,
abhängig von der Qualifikation, um rd. 15 % über dem Niveau ver-
gleichbarer Vertragsbediensteter.

Eine Ausnahme bilden zwei Bedienstete im Bereich Medizintechnik-
Planung, deren Entlohnung erheblich über dem Gehaltsschema von
Vertragsbediensteten liegt und denen zudem weitere Vergünstigun-
gen vertraglich zugestanden wurden.

TILAK-Bedienstete

Die Arbeitsverhältnisse der meisten von der TILAK an die TIVELOP
zugewiesenen Bediensteten im „b“-Bereich waren bereits vor deren
Übertritt sondervertraglich geregelt. Zwei Bedienstete erhielten erst
im Zusammenhang mit ihrem Übertritt einen Sondervertrag.
4. Personalangelegenheiten

Diese Verträge hatten vor allem eine gehaltliche Besserstellung zum Inhalt, allerdings ist mit dem höheren Entgelt teilweise auch die Leistung von Überstunden abgedeckt.

Aber auch nach dem Übertritt dieser Bediensteten zur TIVELOP zeigt deren Gehaltsentwicklung eine gegenüber den allgemeinen Bezugserhöhungen und Vorrückungen der Vertragsbediensteten deutlich höhere Steigerung. Die Abweichung liegt zwischen 10 % und 30 %, im Einzelfall sogar bei rd. 45 %.

Der LRH stellte aber auch fest, dass mit den aufgezeigten Gehalts- erhöhungen die insbesondere in der TILAK-Bauabteilung gewährten regelmäßigen Belohnungen - diese betrugen im Einzelfall mehr als ein Monatsentgelt - entfielen.

Kritik Werkverträge

Im Jahr 2004 wurden an vier Mitarbeiter für Medizintechnik- Planungen zwischen € 1.000,-- und € 2.000,-- auf Werkvertragsbasis ausbezahlt. Nach Ansicht des LRH handelt es sich dabei effektiv um eine verdeckte Prämienauszahlung.

4.5 Geschäftsführer

Bestellung


GF-Vertrag


Die Gehaltsentwicklung des GF stellt sich inklusive der TILAK-Beiträge und der ausbezahlten Prämien (zusammengefasst für alle drei Gesellschaften) wie folgt dar:

Gehaltsentwicklung Geschäftsführer (Beträge in €):

Karenz Der im Jahr 2000 ausgewiesene Bezug (auf Basis des TILAK-Gehaltes) wurde vom LRH auf den Jahresbezug hochgerechnet.
4. Personalangelegenheiten

Kritik Bezugshöhe


Stellungnahme TIVELOP
Zu diesem Kapitel wird lediglich ergänzt, dass dazu vertragliche Regelungen bzw. Generalversammlungsbeschlüsse zugrunde liegen. Im Übrigen verweisen wir auf die Stellungnahme des TILAK-Vorstandes.

Stellungnahme der TILAK
In Anbetracht der umfangreichen und vielfältigen Tätigkeiten im Rahmen der Dreifach-Geschäftsführung erscheint die gewährte Entlohnung in der Aufbauphase vertretbar.

Kritik Prämie 2000

Kritik sonstige Prämien
Nach Ansicht des LRH wiesen auch die Prämienberechnungen für die Folgejahre erhebliche Mängel zugunsten des GF auf und wurden von der GV nie einer kritischen Prüfung unterzogen. Nach Ansicht des LRH enthalten die Gewinnberechnungen zwar die Erlösseite und den Fremdleistungsaufwand, der TIVELOP-eigene Personalaufwand wurde jedoch nicht bzw. nicht im vollen Umfang berücksichtigt.
4. Personalangelegenheiten

Kritik Prämien TCC

Der LRH stellte kritisch fest, dass die „operativen Ziele“ nirgends festgelegt wurden und die Zuerkennung der jeweiligen Jahresprämien de facto somit in das Ermessen des zuständigen Vorstandes gelegt wurden.

Kritik KHZ
Für die Gesamtprojektleitung des TILAK KHZ gewährte die GV der TIVELOP ihrem GF ab Jänner 2003 ein zusätzliches Monatsentgelt von ____. Im Oktober 2004 legte die TIVELOP das PM für das KHZ zurück, die Übergabe sollte bis Ende November desselben Jahres abgeschlossen sein.


Stellungnahme der TILAK
Auf Grund der mit der Rückführung verbundenen Aufwendungen wurde seitens des TILAK Vorstands die Gewährung der gegenständlichen Zulage bis Ende des Kalenderjahres 2004 genehmigt bzw. als gerechtfertigt angesehen.

Replik des LRH
Kenntnis, dass die TILAK die Argumentation des LRH aufnahm und das KHZ-Entgelt nur bis Jahresende 2004 zuerkannte.

Kritik Ergänzungen
Wie schon erwähnt, wurde der Geschäftsführervertrag insgesamt viermal ergänzt, im Wesentlichen wurden in den Ergänzungsverträgen die neuen Aufgabenbereiche und die zusätzlichen Gehaltsbestimmungen geregelt. Der erste und der letzte Ergänzungsvertrag betreffen die Übernahme der Geschäftsführung für die Tochtergesellschaften für die jeweilige Dauer von fünf Jahren, wobei die Weitergeltung der übrigen Bestimmungen des TIVELOP-Geschäftsführungsvertrages ausdrücklich erwähnt ist.


Nach Ansicht des LRH ist nicht klar, ob die Zusatzverträge die Funktionsdauer der Geschäftsführung für die TIVELOP ersetzen bzw. verlängern oder nicht, ob also die Geschäftsführungsfunktion in der TIVELOP - wie ursprünglich vereinbart - am 31.10.2005 endet oder entsprechend der letzten Ergänzung am 11.5.2008.

Stellungnahme der TILAK

Replik des LRH
Hinweis
Der LRH stellte bei seiner Einschau fest, dass viele operative Aufgaben, insbesondere im Zusammenhang mit Finanzierungsfragen des Investitionsprogramms „Klinik 2015“, an die Person des GF gebunden sind und sich wesentliches Wissen ausschließlich bei ihm konzentriert.

Empfehlung nach Art. 69 TLO
Der LRH empfiehlt, dieses Know-how auf eine breitere Basis zu stellen, um eine Entlastung des GF zu bewirken und gleichzeitig die Abhängigkeit der TIVELOP und der TILAK von einer einzigen Person zu verringern.

Stellungnahme der TILAK
Die TILAK wird mit Wirksamkeit zum 01.01.2006 alle Agenden des Bauprojektcontrolling, Baukostenverfolgung und Finanzierungsabwicklungen in die TILAK Abteilung Betriebsorganisation und strategische Infrastrukturplanung integriert um entsprechende Synergien im Planungsprozess zu nutzen und zugleich das Know-how auf eine breitere Basis zu stellen.

Replik des LRH
Der LRH begrüßt die Rückführung des Bauprojektcontrolling, der Baukostenverfolgung und der Finanzierungsabwicklungen in die TILAK, er ist jedoch der Ansicht, dass dieser Bereich nicht in die Abteilung Betriebsorganisation und strategische Infrastrukturplanung integriert werden soll, sondern in die Abteilung Finanz- und Beteiligungscontrolling.

Vier-Augen-Prinzip

Tatsächlich fielen rd. 10 % seiner Arbeitsleistung in der TIVELOP an, wofür Geschäftsführungskosten in Höhe von durchschnittlich pro Monat in Rechnung gestellt wurden.

Kritik
Vier-Augen-Prinzip
Der LRH anerkennt zwar das Bemühen der TILAK, bei den Tochter-gesellschaften ein Vier-Augen-Prinzip zu installieren, er bezweifelt jedoch, dass beim vorliegenden Arbeitseinsatz des zweiten GF der erforderliche Ein- bzw. Überblick für die erwünschte Kontrolle und operative Tätigkeit möglich ist.

Empfehlung
nach Art. 69 TLO
Der LRH empfiehlt, das Vier-Augen-Prinzip auf eine effektivere und effizientere Basis zu stellen, um die gewünschten Ergebnisse zu erzielen.

5. Räumliche Unterbringung

5.1 Allgemeines
Allgemeines

5.2 Maximilianstraße 35
Mietvertrag
Die TILAK und die TIVELOP schlossen im Jänner 2001 einen Mietvertrag über die im 4. OG des Gebäudes Maximilianstraße gelegenen Büroräumlichkeiten im Gesamtmaß von rd. 100 m² ab. Im DG befindet sich auch ein Archivraum. Die Gänge und die WCs im 4. OG waren bzw. sind in den Mietflächen nicht berücksichtigt. Im vereinbarten Mietzins von wertgesichert € 6,54 pro m² waren die damals vorhandenen Einrichtungsgegenstände sowie die Betriebskosten für Strom, Reinigung und Instandhaltung enthalten. Die
Kosten und Gebühren der Vertragserrichtung wurden von beiden Gesellschaften je zur Hälfte getragen. Der Mietvertrag wurde von der TIVELOP erstellt, er enthält keine Planunterlage, aus der das angemietete Flächenausmaß ersichtlich ist.

Erweiterung(en) Mit der Übernahme von zwei weiteren Büroräumen im Oktober 2001 erhöhte sich die angemietete Gesamtfläche auf 135 m², der Mietzins wurde dementsprechend angepasst. Im Zuge der Geschäftsfeldweiterung um das Geschäftsfeld „Financial Services“ kamen zwei Büroräume im 4. OG und ein Archiv im EG hinzu. Eine Mietvertragsanpassung erfolgte diesmal nicht. Das Gesamtausmaß der von der TIVELOP benutzten Büroräumlichkeiten beträgt jetzt 213,68 m², davon 25,32 m² für die beiden Archive.


Kritik Mietzinshöhe Nach Ansicht des LRH ist der im Jahr 2001 auf Vorschlag der TIVELOP vereinbarte Mietzins von € 6,54 pro m² (nunmehr € 6,87 pro m²) für innerstädtische Lagen als äußerst günstig für die TIVELOP und nachteilig für die TILAK zu bezeichnen, wenn man die sonstigen von der TILAK übernommenen Leistungen, wie Betriebskosten und Reinigung berücksichtigt.

Kritik Mietvertrags gestaltung Auch die sonstigen Mietvertragsbedingungen, wie die Übernahme der Hälfte der Kosten und Gebühren für die Vertragserrichtung durch den Vermieter und eine Indexanpassung erst ab einem Schwellenwert von 5 %, sind von der TILAK großzügig gewährt worden.

Kritik Mieterweiterung Die erste Mietflächenerweiterung im Oktober 2001 wurde zwar ordnungsgemäß zwischen den beiden Gesellschaften per Mietvertrags ergänzung abgeschlossen, das Mietflächenausmaß von 135 m² laut Ergänzungsvertrag stimmte jedoch nicht mit den tatsächlich benützten Flächen von 142,15 m² überein. Nach der zweiten Büroflä-
5. Räumliche Unterbringung

chenerweiterung (41,53 m² im 4. OG und 8,20 m² Archiv im EG) im Juni 2004 wurde die TIVELOP mehrfach von der TILAK (Abteilung Recht) aufgefordert, auf Grund der Inanspruchnahme neuer Räumlichkeiten den Mietvertrag entsprechend anzupassen bzw. einen Mietvertrag nach TILAK-Standard aufzusetzen; eine Rückmeldung von Seiten der TIVELOP ist jedoch unterblieben.

Kritik Nebenflächen
Nach Ansicht des LRH sind die von der TIVELOP genutzten Nebenflächen im 4. OG (WC und Gänge) im Gesamtausmaß von insgesamt 21,80 m² bisher in den Mietverträgen nicht erfasst, und es wird von der TIVELOP auch kein Mietentgelt dafür geleistet.

Empfehlung nach Art. 69 TLO
Der LRH empfiehlt, den Mietvertrag den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen und diesen nach den Vertragsstandards der TILAK abzuschließen.

Stellungnahme TILAK

5.3 Sonstige Büroflächen der TIVELOP

Unterbringung TB

IT-Planung
Ein Mitarbeiter der TILAK Abteilung „Informationsmanagement“ wurde mit Jahresbeginn 2004 der TIVELOP zur Dienstleistung zugeordnet. Die räumliche Unterbringung erfolgte in einem 12,75 m² großen Büro im EG des Hauses Maximilianstraße 35. Eine mietvertragliche Regelung zwischen der TILAK und der TIVELOP ist noch nicht erfolgt. Die TIVELOP beabsichtigt, die Vergütung der Raumbenutzung über die seit eineinhalb Jahren ausstehende Honorarvereinbarung für IT-Planungen zu regeln (s. u.).
**Empfehlung nach Art. 69 TLO**


---

**TCC Hall**

Wie schon erwähnt, sind seit Jahresbeginn 2005 drei Mitarbeiter der TIVELOP im TCC Gebäude Hall im 3. OG untergebracht. Für die Flächen im Gesamtausmaß von 70 m² bezahlt die TIVELOP der TCC die üblichen, auch den anderen Mietern verrechneten € 11,-- pro m² für Miete (€ 7,63 pro m²), Betriebskosten und Center Management.

---

### 6. Projektfinanzierung - Bundesanteil

#### 6.1 Zuständigkeit der TILAK

**Übertragungsvertrag**


In der GO für die Geschäftsführung wurde innerhalb der TILAK geregelt, dass diese Aufgaben federführend vom „Vorstand für Finanzen und BuT“ bzw. den ihm unterstellten Abteilungen „Bau und

6.2 Rahmenvereinbarung 1981


Wien und Graz

Beginn der 90er Jahre kamen die Länder bzw. die Trägergesellschaften für die Universitätskliniken Wien und Graz mit dem Bund überein, für definierte Projekte, das sind konkrete Bauvorhaben, die Finanzierung im Ausmaß von 50 % Bund und 50 % durch Land und Gesellschaft (in der Steiermark) durchzuführen. Die TILAK bemühte sich beim Bund seit Mitte der 90er Jahre (April 1994) ebenfalls, für die eigenen Bauvorhaben diese für die TILAK bzw. das Land Tirol günstigere Finanzierungsform zu erreichen.

In Analogie zur Steiermark erarbeitete die TILAK daraufhin ein Bau- und Finanzierungsprogramm (TILAK intern „Klinik 2005“ genannt) auf dem Areal der Universitätsklinik in Innsbruck, um mit dem Bund

6.3 Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Bund

Mitte des Jahres 2000 zeigte der Bund die Bereitschaft, die Verhandlungen über die Neugestaltung der Finanzierung des Bau- und Investitionsprogramms wieder aufzunehmen. Für das Bauprogramm am LKH Innsbruck sollte auf der Basis der bereits vorhandenen Zielplanungen (für die Universitätskliniken Innere Medizin; Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde; Hör-, Stimm- und Sprachstörungen; Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde; Einrichtungen im Chirurgiegebäude sowie Kinder- und Jugendheilkunde) und des darauf aufbauenden Bauleitplanes eine adaptierte Gesamtplanung über das Klinikareal konzipiert werden.

Entschließung des Tiroler Landtags
Der Tiroler Landtag fasste in seiner Sitzung am 5.7.2001 die Entschließung: „Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Bund in Verhandlung zu treten, um für Investitionen an den Universitätskliniken Innsbruck ebenfalls Zuschüsse in Höhe von 50 % zu erwerken, wie sie für die Universitätskliniken Wien und Graz geleistet werden.“

politische Zusage Bund

Vorarbeiten


6.4 Interne Genehmigungen


6.5 Mitwirkung der Landesregierung


6.6 Übereinkommen über die Finanzierung des Projektes „Klinik 2015“

bereits mit ihm akkordierte, frühere Bauaktivitäten aufzunehmen, deren Baumaßnahmen teilweise schon beendet sind.

Aus dem Bauleitplan wurde dann das „Bau- und Investitionsprogramm KLINIK 2015“ abgeleitet. Dieses besteht aus insgesamt 25 Projekten bzw. Maßnahmenpaketen. Alle Projekte wurden auf Basis einer Bedarfsplanung und anhand betriebsorganisatorischer, bau-
technischer und finanztechnischer Standards (der TILAK, Normen, etc.) definiert, in einen Rahmentermin mit drei Bauetappen einge-
ordnet (laufende oder konkret geplante Projekte, Maßnahmen bis 2007 und Maßnahmen ab 2008) sowie ein überschlägiger Kosten-
rahmen ermittelt. Der Übersichtsplan bzw. die dazugehörende Pro-
jecktsliste des „Klinik 2015“-Programmes ergibt nun folgendes Bild:
### Projektliste Klinik 2015

<table>
<thead>
<tr>
<th>Nr.</th>
<th>Projekt</th>
<th>Kosten in Mio. €</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>00</td>
<td>Vorgelegte bzw. genehmigte Projekte</td>
<td>110,149</td>
</tr>
<tr>
<td>01</td>
<td>Kinder- und Herzzentrum</td>
<td>145,000</td>
</tr>
<tr>
<td>01</td>
<td>Begleitmaßnahmen KHZ</td>
<td>25,000</td>
</tr>
<tr>
<td>02</td>
<td>Laborgebäude Innrain 80/82</td>
<td>24,320</td>
</tr>
<tr>
<td>03</td>
<td>Sanierung Innere Medizin</td>
<td>40,000</td>
</tr>
<tr>
<td>04</td>
<td>Sanierung Chirurgie Flachbau</td>
<td>27,600</td>
</tr>
<tr>
<td>05</td>
<td>Maßnahmen FKK</td>
<td>34,337</td>
</tr>
<tr>
<td>06</td>
<td>IT- Strategie 2003 - 2014</td>
<td>73,630</td>
</tr>
<tr>
<td>07</td>
<td>Sanierung Zahlstock</td>
<td>2,029</td>
</tr>
<tr>
<td>08</td>
<td>Logistik Center</td>
<td>0,286</td>
</tr>
<tr>
<td>09</td>
<td>Rückf. Psychologie/Psychotherapie</td>
<td>0,594</td>
</tr>
<tr>
<td>10</td>
<td>MR-Projekte</td>
<td>5,500</td>
</tr>
<tr>
<td>11</td>
<td>Maßnahmen Chirurgie</td>
<td>21,916</td>
</tr>
<tr>
<td>12</td>
<td>Aufstockung ZVG</td>
<td>6,800</td>
</tr>
<tr>
<td>14</td>
<td>Maßnahmen Psychiatrie</td>
<td>9,344</td>
</tr>
<tr>
<td>15</td>
<td>Sanierung HNO/HSS</td>
<td>3,568</td>
</tr>
<tr>
<td>17</td>
<td>Gebäude Innrain 66a</td>
<td>3,433</td>
</tr>
<tr>
<td>18</td>
<td>Maßnahmen Maximilianstr. 35</td>
<td>0,500</td>
</tr>
<tr>
<td>19</td>
<td>Erweiterung TZ/GZ Mutters</td>
<td>0,485</td>
</tr>
<tr>
<td>20</td>
<td>Parkhaus West</td>
<td>8,609</td>
</tr>
<tr>
<td>21</td>
<td>Energiekonzept und Adapt. FHW</td>
<td>8,330</td>
</tr>
<tr>
<td>22</td>
<td>Sanierung Vinzenzheim</td>
<td>2,490</td>
</tr>
<tr>
<td>23</td>
<td>Baulücke Innrain G01 - G3</td>
<td>1,000</td>
</tr>
<tr>
<td>24</td>
<td>Mammazentrum, Endokrinologie, FGZ</td>
<td>4,967</td>
</tr>
<tr>
<td>49</td>
<td>Sonstige Infrastruktur, Kleinprojekte</td>
<td>0,468</td>
</tr>
<tr>
<td>50</td>
<td>Sonstige Projekte Reserve</td>
<td>21,410</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td><strong>Gesamtsumme</strong></td>
<td><strong>581,765</strong></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Abstimmung Universität
Der Bauleitplan bzw. das Investitionsprogramm wurde u. a. mit der Medizinischen Universität Innsbruck abgestimmt und von ihr bestätigt. Über die vorgelegten Projekte gab es mit dem Bund keine Differenzen.

Differenzen Bund
Insbesondere in folgenden Vertragspunkten konnte aber über lange Zeit keine Einigung erzielt werden:

- Erhöhung der Verrechnung der Eigenleistungen für PM-Leistungen des TILAK Konzerns auf 4 %,
- Festlegung der Kostenindexierung über die Vertragslaufzeit (mit letztlich 3 % nach einem Baukostenindex),
- Procedere bei einer Veränderung der Projektsliste und/oder der Projektskosten.

6.7 Verrechnung TILAK- Eigenleistungen

Ausgangsbasis

Nach dieser Vereinbarung können die jeweiligen Projektkosten (Baukosten, Honorare und Nebenkosten) um o. a. Prozentsätze erhöht werden, der Bund und das Land teilen sich die Gesamtkosten nach dem Finanzierungssatz. In den Projekt-Einzelvereinbarungen sowie den Projektsabrechnungen der TILAK mit dem Bund werden diese Kosten der Bauleitung und Baudurchführung explizit ausgewiesen.

Eine TILAK-interne Nachkalkulation im Jahr 1995 ergab einen „notwendigen, künftigen Verrechnungssatz von 2,5 % ab 1996, da sich die Leistungsbilder von der reinen Projektleitung im engen Sinn auf ein umfassenderes PM erweitern würden. Der Prozentsatz für Klein
6. Projektfinanzierung - Bundesanteil

projekte und Eigenplanungen würde mit 4,5 % gleich bleiben.\textsuperscript{a} Zu diesem Zeitpunkt erlangte die TILAK auch Kenntnis vom 4\%igen Verrechnungssatz der Universitätsklinik in Graz. Eine ausdrückliche Genehmigung des Bundes für eine Erhöhung des Verrechnungssatzes erfolgte nicht; in den Projekts-Einzelvereinbarungen und Projektsabrechnungen wurden die Sätze mit 2,5 % und 4,5 % verrechnet und bezahlt.

### Prüfung LRH


### Honorarsatz I

Erst im Zuge der Finanzierungsverhandlungen über „Klinik 2015“ teilte der Bund Anfang Februar 2002 mit, „dass unter der Voraussetzung der Unterfertigung des Vertrages „LKH 2015“ … Projektmanagementleistungen in der Höhe von 2,5 % bzw. 4,5 % akzeptiert werden.\textsuperscript{b}

### PM-Satz neu

Alt-Projekte

Die im Programm „Klinik 2015“ enthaltenen neuen Projekte werden nunmehr mit einem Verrechnungssatz von 4 % angesetzt, für die ebenfalls enthaltenen Alt-Projekte kommt der jeweils vereinbarte Satz (1,5 %, 2,5 % oder 4,5 %) zur Anwendung.

Die Verrechnungsmatrix mit dem Bund zeigt nun folgendes Bild:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Personalkosten TILAK-Eigenleistungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>PM-Leistungen</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>1,5 - 2,5 - 4,0 %</td>
</tr>
<tr>
<td>60:40 Geräte</td>
</tr>
<tr>
<td>Bauleistungen</td>
</tr>
<tr>
<td>Geräte im Baubudget</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Drittvergleich

Nach Auskunft der TIVELOP/TILAK sei der Bund, insbesondere das BM für Finanzen, zwar bereit, die PM-Eigenleistungen mit 4 % pauschalisiert anzuerkennen, weitere bisher von ihr erbrachte immaterielle „Eigenleistungen" (MT-Planung, IT-Planung, etc.) könnten jedoch nur extern, das heißt über Drittfirmen oder Konzerntöchter erbracht werden, um auch verrechnet werden zu können. Wie schon erwähnt, muss für den Bund die Preisangemessenheit über einen Drittvergleich gewährleistet sein.

Nach Ansicht des LRH wäre diese Haltung des Bundes unverständlich, da Kosten für notwendige Leistungen an einem Projekt unabhängig davon anfallen, ob diese Leistungen intern, also von der TILAK, oder extern, also von Drittfirmen oder TILAK- Töchtern, ausgeführt werden. Über die Höhe der anfallenden Kosten, insbesondere Personal- und Sachaufwand, ist natürlich das Einvernehmen herzustellen.

Klinik 2015 Gesamtvertrag

„Im Zuge der Projektabwicklung soll hiefür effizienterweise auch auf konzerninterne Bereiche zurückgegriffen werden ... und die Preisangemessenheit durch ein formelles Vergabeverfahren oder einen Drittvergleich sichergestellt werden.“

Hinweis
Nach Ansicht des LRH eröffnet dieser Vertragspassus sehr wohl die Möglichkeit, die Bauprojekte zusätzlich zu den 4,0 % Projektmanagementleistungen mit den Kosten zusätzlicher TILAK- Eigenleistungen zu belasten, ohne dass das „Outsourcing-Modell“ über die TIVELOP erforderlich ist. Es ist dazu lediglich notwendig, die Kosten der Eigenleistungen ursächengerecht zu erfassen. Die Instrumente hiefür sind mit der Kostenrechnung in der TILAK jedenfalls vorhanden.

Stellungnahme TILAK

Replik des LRH
Der LRH stellte jedenfalls fest, dass der Bund schon seit mehr als 15 Jahren Eigenleistungen der TILAK akzeptierte. Es liegt in der Natur der Sache, dass sich im Laufe der Zeit die Art der Eigenleistungen veränderte, das heißt, dass statt Eigenplanungen neue Ingenieurleistungen wie PM- und IT-Leistungen hinzukamen. Die TILAK hätte sich schon früher und gemeinsam mit dem Land Tirol um die Anerkennung dieser Leistungen bemühen sollen, was letztlich ja auch geglückt ist.

Hinweis
Der LRH kam nach Gesprächen mit Bundesvertretern zur Ansicht, dass nicht gesichert ist, ob der Bund tatsächlich bereit ist, die zusätzlichen Eigenleistungen der TILAK-Abteilungen und TILAK-Tochtergesellschaften zusätzlich in die Kostenermittlungen der einzelnen Projekte aufzunehmen.

Empfehlung nach Art. 69 TLO
Der LRH empfiehlt der Landesregierung, diesen Vertragspassus mit dem Bund und unter Beiziehung von Landesvertretern nochmals abzustimmen, um eventuellen Vertragsunstimmigkeiten vorzubeugen.

Kritik
Der LRH erachtet es als völlig ungeeignet, einen Drittvergleich mit Hilfe eines „formellen Vergabeverfahrens“ anzustellen. Die TILAK muss sich vor einer Leistungserbringung entscheiden, ob sie diese selbst, also mit Hilfe einer eigenen Abteilung, im Wege einer In-

Nach Auskunft der TIVELOP war die Forderung des Bundes, nur externe Leistungen in den Projektkosten zu akzeptieren, eine der Prämissen, um Medizintechnik-Planungsleistungen im Wege eines Personalleasingmodells von der TILAK zur TIVELOP zu transferieren.

Der Bund hat für alle paktierten Geräteanschaffungen (60/40 Geräte) die Zahlungsanforderungen der TILAK in der vorgeschriebenen Höhe, das heißt inklusive der Medizintechnik-Planungshonorare (s. u.), nach der jeweils errechneten Gesamtsumme bezahlt.

### Bundeszahlungen 60/40 Geräte (Beträge in €)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Nettosumme Gerätegruppe A [&lt; 10.000,--]</td>
<td>45.793</td>
<td>45.793</td>
<td>41.686</td>
<td>41.686</td>
<td>36.293</td>
<td>36.293</td>
</tr>
<tr>
<td>Nettosumme Gerätegruppe B [10.001,-- -100.000,--]</td>
<td>981.974</td>
<td>981.974</td>
<td>815.317</td>
<td>815.317</td>
<td>806.555</td>
<td>806.555</td>
</tr>
<tr>
<td>Nettosumme Gerätegruppe C [100.001,-- -1.090.092,51]</td>
<td>1.086.352</td>
<td>1.086.352</td>
<td>279.359</td>
<td>279.359</td>
<td>1.429.882</td>
<td>1.429.882</td>
</tr>
<tr>
<td>Nettosumme Gerätegruppe D [&gt; 1.090.092,51]</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Wie schon erwähnt, wurde der Großteil der Verhandlungen mit dem Bund über das Investitionsprogramm „Klinik 2015“ bzw. die Erstellung der Projektsfinanzierung inklusive Bau- und Investitionsprogramm von der TIVELOP im Namen der TILAK wahrgenommen. Laut der zwischen der TILAK und der TIVELOP bestehenden Rahmenvereinbarung über die von der TIVELOP zu erbringenden Leistungen sind mit dem Honorar von 0,525 % auch die im Namen der TILAK zu erbringenden Leistungen erfasst. Der Prozentsatz von 0,525 versteht sich netto inkl. Nebenkosten und wird von den Errichtungskosten der TILAK Bau- und Investitionsprojekte berechnet. Die im Namen der TILAK zu erbringenden Leistungen sind die Finanzierungsabwicklung der 60/40 Geräte und alle Leistungen der früheren Abteilung „TILAK-
Baucontrolling“ (Budgetierung, Projekteröffnung, Finanzierung Gebietskörperschaften, etc.).

Für die „über die Rahmenvereinbarung hinausgehende Erstellung und Betreuung des Bau- und Investitionsprogramms „Klinik 2015“ verrechnete die TIVELOP der TILAK bis Ende des Jahres 2004 € 62.800,--.

Kritik
Nach Ansicht des LRH zählen diese Leistungen der TIVELOP zu ihren von der Rahmenvereinbarung umfassten Hauptleistungen und hätten der TILAK (der Mutter) nicht gesondert in Rechnung gestellt werden dürfen.

Stellungnahme TIVELOP

Replik des LRH
Der LRH teilt die Ansicht der TIVELOP nicht. Es ist sowohl der Vergleich mit externen Firmen, diese erhalten so wie auch die TIVELOP für ihre Leistungen ein Honorar, als auch das „Geringfügigkeitsargument“ nicht angebracht. Was nach Ansicht des LRH allein zählt, ist die Tatsache, dass die Bundesverhandlungen im Honorar von 0,525 % enthalten sind und deshalb nicht extra von der TILAK zu vergüten wären.

6.8 Bewertung der Bundesverhandlungen

Feststellung


Top-down Projekt

Empfehlung nach Art. 69 TLO

Stellungnahme der Regierung

Es ist also davon auszugehen, dass zum Zeitpunkt der Befassung des Finanzkontrollausschusses mit dem gegenständlichen Bericht eine Meinungsbildung im Tiroler Landtag bereits erfolgt ist.
7. Geschäftsfelder

7.1 Allgemeines


Zur Umsetzung dieses Unternehmenszieles entwickelte die TIVELOP seit ihrer Gründung verschiedene Geschäftsfelder. Mit Jahresende 2004 bietet die Gesellschaft ihre Leistungen in folgenden Geschäftsfeldern an:

- Development
- Projektmanagement
- Bauträgerleistungen
- Projekt-Controlling/Projektfinanzierung
- Medizintechnik-Planung
- IT-Planung
- Unternehmensberatung
- Financial Services.
Konzessionen


Der LRH hat die Aktivitäten der TIVELOP in den einzelnen Geschäftsbereichen untersucht und stellte folgende Sachverhalte fest:

7.2 Development, Projektmanagement und Bauträgerleistungen

7.2.1 Development


Stellungnahme TIVELOP

Der LRH hat die seitens der TIVELOP aufgebauten Kernkompetenzen rund um das Bauträgergeschäft richtig erkannt. Es wurden auch in all diesen Geschäftsbereichen namhafte Projekte umgesetzt.

Allen voran wurde das Projekt TCC Hall von Grund auf entwickelt und der BA1 komplett und schlüsselfertig abgewickelt, das auf Grund seiner Größenordnung (allein Baustufe 1 betrug ca. 33,00 Mio EUR) die Projektmanagementgruppe voll ausgelastet hat.

Dieses Projekt wurde zur vollsten Zufriedenheit der Kunden und im Kosten- und Terminrahmen abgewickelt.

Es kann deshalb unseres Erachtens nicht davon gesprochen werden, dass „nur“ das (Groß)Projekt TCC entwickelt wurde. Vielmehr ist es Absicht, die Kapazitätsplanung auf einem vernünftigen Niveau zu
halten und die akquirierten Projekte seriös und professionell und zur vollsten Zufriedenheit des Kunden abzuwickeln.


Lediglich bei Kapazitätsreserven sollte und konnte verstärkt extern akquiriert werden.

Replik des LRH

Dem LRH ist das Kapazitätsargument der TILAK bzw. der TIVELOP bekannt. Die Vorgangsweise der beiden Gesellschaften war dann jedoch nicht konsequent. Wenn nämlich eine Gesellschaft gegründet wird um unter anderem am Markt zu reüssieren hätte auch der zweite logische Schritt, die richtige Personalausstattung, erfolgen müssen.

7.2.2 Projektmanagementleistungen

7.2.2.1 Allgemeines

Nach der Norm „DIN 69901“ ist PM „jene Tätigkeit, welche in der Folge die Gesamtheit von Führungsaufgaben, -organisation, -techniken und -mitteln für die Abwicklung eines Projektes umfasst“. Der darunter zu verstehende Leistungsumfang bzw. die Leistungsbilder ergeben sich für die einzelnen Projektphasen aus der „Honorarordnung für Projektsteuerung“ der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulentaen. Selbstverständlich ist auch die Erbringung von Teilleistungen möglich bzw. üblich.

7. Geschäftsfelder

7.2.2.2 PM - Kinder- und Herzzentrum KIZ - HZ

7.2.2.2.1 Ausgangslage

KIZ
Die bestehende Kinderklinik ist sanierungsbedürftig, und es bestand ein Konsens zwischen der Medizinischen Universität und der TILAK, die räumliche und strukturelle Situation für die Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde zu verbessern. Die Medizinische Fakultät und die TILAK einigten sich darauf, diese Verbesserung im Rahmen eines „KIZ“ in Angriff zu nehmen.


Herz-Zentrum

Genehmigung RFP
Der TILAK-Vorstand genehmigte im April 2001 das RFP für das „KIZ“ mit einer „Nettonutzfläche“ von 15.744 m². Gemeint ist die NF, jene Fläche, die der Nutzung des Bauwerkes auf Grund seiner Zweckbestimmung dient. Der Vorstand beauftragte die Abteilung BuT, einen Architekturwettbewerb durchzuführen, in welchem auch eine städtebauliche Aussage über die Entwicklungsmöglichkeit der Inneren Medizin und des Flachbaues FKK zu treffen war. Das Flächenausmaß
hiefür wurde mit 9.100 m² berechnet, sodass gesamt eine Nettonutzfläche von 24.840 m² zu „beplanen“ war.


Nach weiteren Projektsüberarbeitungen, mit der Verortung von OPs im KIZ, der rechnerischen Verbesserung des NF zu Brutto-Grundflächen-Verhältnisses in der Flächenkalkulation und der Erhöhung der Kostenkennzahl von € 2.806,-- pro m² BGF auf € 3.055,-- pro m² BGF wurde dem TILAK-Beirat im Juli 2002 letztlich ein Projekt mit 22.200 m² NF (maximaler Baukörper) bzw. 43.290 m² BGF (BGF/NF-Verhältnis 1,95) und Errichtungskosten von 132,3 Mio. € vorgelegt.

Der TILAK-Beirat stimmte „dem Projekt KIZ mit Herzzentrum (KHZ), sonstige Erweiterungsfläche West und Erweiterungsfläche Ost mit 22.200 m² NF, 43.290 m² BGF und Kosten von 132,3 Mio. € einstimmig zu“.

Nach der Genehmigung des TILAK-Beirates wurden für die Architektenstudie von der TILAK einige Projektserweiterungen, das heißt Flächenerweiterungen, beauftragt: 5. Station Kinderklinik, zusätzliche Verbindungsgänge Chirurgie, Wirtschaftshof/Logistikzone und eine Parkebene. Die BGF erhöhte sich dadurch auf 50.000 m², die Errichtungskosten des Bauwerkes (nunmehr KHZ) erhöhten sich damit bei gleicher Kostenkennzahl auf 145,0 Mio. €.

Durch die Baumaßnahmen am KHZ wurden zusätzliche Baumaßnahmen (s. u.) notwendig. Die Koordination dieser Baumaßnahmen sollte im Gesamtkonzept KHZ erfolgen. Diese sollten budgettechnisch als eigenständige Projekte abgewickelt werden.
Vorentwurf I
Oktober 2003
Der Vorentwurf des Generalplaners fand nicht die Zustimmung der TILAK, weil deren Vorgaben nicht eingehalten wurden (Verhältnis BGF zu NF max. 1,95, Limitierung der Kostenkennzahl mit € 3,055,-- pro m² BGF, unzureichende BO-Umsetzung, etc.). Das PM-KHZ bzw. der TILAK-Vorstand leitete daraufhin ein „Reengineering“ des Projektes ein, um die vorgegebenen Projektziele zu erreichen.

Vorentwurf II
April 2004

Baukörper nach Reengineering


Bei Zustimmung des AR und in Abstimmung mit dem Rektorat kann eine schrittweise Umsetzung erfolgen.

Die Realisierung des Projektes hat in drei Schritten zu erfolgen (Schritt eins: Umsiedlung der Kinderklinik in einen Neubau; Schritt zwei: Erweiterung auf ein KIZ; Schritt drei: Errichtung des Herzzentrums). Die „Betriebsfolgekosten“ sind mit 3,0 Mio. € pro Jahr plus einer 20%igen Sicherheitsgrenze zu limitieren.

Begleitmaßnahmen sind dann nicht in die Kosten von 132,0 Mio. € einzurechnen, wenn sie plausibel begründet und vom AR genehmigt werden.

Aufsichtsrat November 2004

In der Aufsichtsratssitzung vom November 2004 bestätigte die TiLAK, dass die ursprünglichen Errichtungskosten von 132,3 Mio. € eingehalten werden könnten. Die vom Beirat beschlossenen Betriebsfolgekosten-Obergrenze von jährlich 3,0 Mio. € exklusive Sicherheitsreserve würde ebenfalls eingehalten werden können.

Der AR nahm eine Zuordnung der Begleitmaßnahmen vor und genehmigte gesamt 161,7 Mio. € für:

- „unabdingbare Maßnahmen“ 8,2 Mio. € (für Interimslösungen, Urologielabor, FKK-Maßnahmen, Zentralküche),
- „Infrastrukturmaßnahmen“ 5,8 Mio. € (Unterirdischer Gang, Haupt-Abwasserkanal, Tiefbrunnen),
- „Parallelprojekte“ 11,0 Mio. € (Außenanlagen, Labore, FKK-OP-Säle, Küchenumbauten),
- „Parkebene“ 4,4 Mio. €.

Die bisher in den Begleitmaßnahmen enthaltenen Projekte Umbauten in der Zentralsterilisation, Fassenaustausch, Teile des Laborprojektes, Speiseseaadaptierungen und Shopbereich mit zusammen 4,0 Mio. € wurden vom AR nicht mehr dem Gesamtprojekt zugeordnet.
Übersicht Flächen

Eine Übersicht der Nutzflächenentwicklung von der Wettbewerbsdurchführung im Juli 2001 bis zum überarbeiteten Vorentwurf der Architekten vom Juli 2004 bietet folgende Tabelle:

### Entwicklung der Nutzflächen KIZ (NF in m²)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Status</td>
<td>Soll</td>
<td>Soll</td>
<td>Ist</td>
<td>Soll</td>
<td>Ist</td>
<td>Ist</td>
<td>Soll</td>
</tr>
<tr>
<td>HZ-West</td>
<td>4.400</td>
<td>4.000</td>
<td>4.000</td>
<td>3.582</td>
<td>3.690</td>
<td>3.690</td>
<td>3.206</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstige KHZ</td>
<td>4.700</td>
<td>2.500</td>
<td>850</td>
<td>1.551</td>
<td>1.630</td>
<td>3.360²</td>
<td>3.930²</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstige/Ost</td>
<td>0</td>
<td>1.800</td>
<td>1.800</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Summe BGF</td>
<td>44.719</td>
<td>50.474</td>
<td>43.290</td>
<td>44.845</td>
<td>44.845</td>
<td>44.845</td>
<td>44.845</td>
</tr>
<tr>
<td>BGF/NF</td>
<td>1,80¹</td>
<td>2,06</td>
<td>1,95</td>
<td>2,05</td>
<td>1,90</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Tiefgarage</td>
<td>n.v.</td>
<td>n.v.</td>
<td>n.v.</td>
<td>4.000</td>
<td>3.837</td>
<td>3.837</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

n.v. noch nicht vorgesehen
¹ BGF zu NF wurde angenommen
² davon rd. 1.190 m² nicht im Hauptprojekt, das sind Begleitmaßnahmen

Das RFP - vom November 2004 - mit dem Entfall der Kinderpsychiatrie, der Reduktion des Kinder-Laborbereiches, einer Leiterzone, Entfall der Kardiologischen Tagesklinik, Entfall eines Kardiographieplatzes, etc. - ist als Antwort auf die Beschlüsse des Beirates und des AR zu werten. Eine auf diesem neuen RFP aufbauenende Planung für den BA I der Architekten wurde im Juni 2005 vorgelegt.

Übersicht Kosten

7. Geschäftsfelder

Errichtungskosten KHZ (Beträge in Mio. €)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BGF in m²</td>
<td>44.719</td>
<td>50.474</td>
<td>43.290</td>
<td>50.000</td>
<td>48.682</td>
<td>48.682</td>
</tr>
<tr>
<td>BGF/HNF</td>
<td>1,80</td>
<td>2,06</td>
<td>1,95</td>
<td>2,05</td>
<td>2,01</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>KKZ €/m² BGF</td>
<td>2.806</td>
<td>3.055</td>
<td>3.055</td>
<td>3.055</td>
<td>3.055</td>
<td>3.055</td>
</tr>
<tr>
<td>KIZ</td>
<td>80,0</td>
<td>101,9</td>
<td>92,6</td>
<td>140,5</td>
<td>140,5</td>
<td>101,7</td>
</tr>
<tr>
<td>HZ</td>
<td>22,0</td>
<td>25,2</td>
<td>23,8</td>
<td>enth.</td>
<td>enth.</td>
<td>22,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstige</td>
<td>0,0</td>
<td>15,8</td>
<td>5,1</td>
<td>enth.</td>
<td>enth.</td>
<td>20,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Ost</td>
<td>24,0</td>
<td>11,4</td>
<td>10,7</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Park-Ebene</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>4,5</td>
<td>4,5</td>
<td>4,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>126,0</td>
<td>154,3</td>
<td>132,2</td>
<td>145,0</td>
<td>145,0</td>
<td>149,5</td>
</tr>
</tbody>
</table>

7.2.2.2 Auftrag TIVELOP


PM-Organisation Für die Beiratssitzung im Juli 2002 erstellte die TIVELOP eine Tischvorlage mit dem Titel „Projektdefinition und Kostenbericht“, die neben der Kostenermittlung auch eine Aussage über Flächen, Termine und Finanzierung enthielt. Im Herbst 2002 (das genaue Datum ist nicht mehr eruierbar, die ersten PM-Sitzungen fanden Anfang Dezember statt) übertrug der TILAK-Vorstand der TIVELOP das PM für das KHZ. Er genehmigte im Jänner 2003 den Vorschlag der TIVELOP für eine neue Projektorganisation des KHZ.

In dieser Projektorganisation sind das Personalmanagement (Gesamtprojektleitung, Projektleiter für BO, Planung und Realisierung), deren Aufgaben und gegenseitige Kompetenzabgrenzung festgelegt.

Der GF der TIVELOP verfasste mit gleichem Datum ein „Konzept der Vereinbarung“ zwischen den beiden Gesellschaften über „die Abwicklung des PM zum Projekt KHZ samt den Begleitmaßnahmen“. Für die laut Projekthandbuch der TILAK definierten Leistungen des PM (s. u.) sollte die TIVELOP ein Honorar in Höhe von 4,0 % der Investitions-, Anschaffungs- oder Herstellungskosten des KIZ erhalten.

Für die Planungsleistungen der MT-Koordination und GT-Koordination sollte die TIVELOP die Ist-(Personal) Kosten mit einem Manipulationsaufschlag von 5,0 % übernehmen. Weiters sollte vereinbart werden, die Leistungen der IT-Planung und MT-Objektüberwachung nach den einschlägigen Rahmenverträgen (s. u.) abzurufen.

Ein Vertrag bzw. eine Vereinbarung zwischen den beiden Gesellschaften wurde vom PM der TIVELOP dem Vorstand der TILAK nie vorgelegt und ist dementsprechend auch nicht unterfertigt.

Honorarzahlung


Projektsübergabe

Im Oktober 2004 teilte der TILAK-Vorstand der TIVELOP mit, dass die Gesamtprojektleitung wieder an die TILAK-Abteilung BuT übergeben werden soll. Die Projektsübergabe von der TIVELOP an die Abteilung BuT sollte bis Ende November 2004 abgeschlossen sein.

7. Geschäftsfelder

7.2.2.2.3 Bewertung Gesamtabwicklung KIZ


Hinweis


BGF/NF
Verantwortliche: Architekt, BuT, PM

Nach Ansicht des LRH hat das BGF/NF-Verhältnis auf Grund des fehlenden RFP und der ungünstigen Grundstücksconfiguration nie den üblichen Soll-Wert für Krankenhäuser von 1,80 - 2,00 erreicht. Nach dem Vorentwurf II vom Juni 2004 erreichte der BGF/NF-Faktor lediglich einen Wert von 2,05. Die TILAK hat diesem Problembereich jedoch insofern Rechnung getragen, als zusätzliche NF für das Gebäude definiert wurden; die „Sonstigen Flächen KHZ“ erhöhten sich von rd. 1.600 m² auf rd. 3.900 m². Auch nach der Überarbeitung auf
Grund der Kostenlimitierung wird sich das BGF/NF-Verhältnis nach Ansicht des LRH lediglich im Bereich von +/- 2,00 bewegen.

Kostenstandards
Verantwortliche: BuT, PM, TIVELOP

Der LRH hält vorweg fest, dass die Gesamtwirtschaftlichkeit eines Spitalbaues von vielen Parametern abhängt:

- von der Bandbreite der Planung des medizinisch - pflegerischen Bedarfs,
- von der Bandbreite der Vorgabe der Flächenstandards in der Umsetzung des Bedarfs in das RFP,
- von der Wirtschaftlichkeit der Umsetzung des RFP in den konkreten architektonischen Entwurf,
- von den Standards der Baumaterialien, der spezifischen haustechnischen Planung sowie insbesondere bei Kliniken von der medizinischen Geräteausstattung,
- von besonderen Kosten, die das Grundstück bzw. die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes betreffen und
- von Annahmen über künftige Baupreisentwicklungen.

Die von der TILAK bzw. der TIVELOP gewählte Vorgangsweise, die Errichtungskosten des Bauvorhabens auf Grund der Flächenvorgaben (NF mal BGF/NF Verhältnis) der BO-Planung, eines definierten Ausstattungsstandards und der aus den Erfahrungswerten vorangegangener, vergleichbarer Bauvorhaben gewonnenen Kostenkennzahl (€ pro m² BGF) zu ermitteln, entspricht der gängigen Praxis der Kostenplanung in den Frühphasen eines Bauprojektes.

Kostenkennzahl

Die im Laufe der Kostenplanung von der TIVELOP als Baukostenplaner gewählten Kostenparameter entsprechen dabei - nach Ansicht des LRH - durchaus den üblichen Kostenstandards im Krankenhausbau:

- das BGF/NF-Verhältnis ist kleiner als 2,0,
- die Kostenkennzahl beträgt - unter Berücksichtigung des konkreten Entwurfes - € 3.055,-- pro m² BGF.

Auch eine vom zuständigen TILAK-Vorstand veranlasste externe Überprüfung der Kostenschätzung des KHZ (Basis Vorentwurf II) bestätigte die prinzipielle Angemessenheit dieser Kostenschätzung.
Die Kostenkennzahl von € 2.806,-- pro m² BGF ohne Kenntnis des Wettbewerbsergebnisses und der konkreten architektonischen Besonderheiten war dagegen zu optimistisch ausgelegt. Ebenfalls optimistisch war die Annahme einer Baupreissteigerung von lediglich 1,0 % pro Jahr und ab August 2004 von 1,5 % pro Jahr. Eine Indexsteigerung von 1,5 % pro Jahr würde die Errichtungskosten um 5,0 Mio. €, eine solche von 2,0 % um 10,0 Mio. € „erhöhen“. Beim Bau- und Investitionsprogramm „Klinik 2015“ wurden von der TILAK sogar 3,0 % pro Jahr zu Grunde gelegt. Zudem schlägt sich eine zeitliche Verschiebung des Projektes mit rd. 1,7 Mio. € pro Jahr zu Buche. Erstgenannter Endtermin war mit „Ende 2008“ angegeben, nunmehr ist für den Projektsabschluss Ende 2010 realistischer.

Tiefgarage

Eine im Vergleich zu den gesamten Errichtungskosten geringfügige Reserve liegt in den Errichtungskosten der Parkebene, bei der die Kostenkennzahl von € 1.100,-- pro m² doch um rd. 20 % zu hoch angesetzt scheint.

Kritik


Begleitmaßnahmen


- Interimslösungen 3,0 Mio. €,
- Verlegung Haupt-Abwasserkanal 0,6 Mio. €,
- Verlegung U-Gang Chirurgie 3,6 Mio. €,
- Grundwasserbrunnen für Kühlung KIZ 1,6 Mio. €,
- Außenanlagengestaltung KIZ/Chirurgie/FKK rd. 1,0 Mio. €,
- Verlegung Urologielabor 1,0 Mio. €,
- Fassadenangleichung KIZ/FKK 0,9 Mio. € und
- Sonstige Maßnahmen rd. 1,8 Mio. €.

76
In der ÖNORM „Kosten im Hoch- und Tiefbau“ sind jedenfalls für Sicherungs- und Erschließungsmaßnahmen sowie Anpassungen an bestehende Gebäude entsprechende Kostenelemente vorgesehen.

**Informationspolitik**

Verantwortliche:
TILAK/PM

Der LRH vermag nicht mehr festzustellen, warum die sich aus dem Projekt ergebenden Abhängigkeiten zu Beginn der Kostenermittlungen nicht erkannt wurden oder ob aus anderen Gründen die zu erwartenden, tatsächlichen Errichtungskosten mit rd. 150 Mio. € nur schrittweise den Vertretern des Landes bekannt gegeben wurden. Er hält jedenfalls fest, dass diese Größenordnung, also rd. 150 Mio. €, bereits im Juli 2002 hätte bekannt sein müssen.


**Folgewater**

Verantwortliche:
PM/TILAK/TILAK-Beirat/AR


Kritik

Kritik
Der LRH stellt weiters kritisch fest, dass zumindest bei der ersten Berechnung dieser „Mehrkosten“ in Höhe von 8,7 Mio. € nicht nach dem Prinzip „so viel wie nötig, so sparsam wie möglich“ vorgegangen wurde. Erst eine Überarbeitung der „Folgekosten“-Berechnung und eine damit verbundene Reduktion auf 4,8 Mio. € lässt ein Bemühen zur sparsameren Betriebsführung erkennen.

Hinweis
Der LRH weist darauf hin, dass damit die Soll-Vorgabe von 3,0 Mio. € exklusive der Sicherheitsgrenze immer noch nicht erreicht ist.

Der LRH hält aber auch fest, dass der TILAK-Beirat mit der willkürlichen Vorgabe, „jährliche Betriebsfolgekosten mit einem Limit von 3,0 Mio. € plus Sicherheitsgrenze von 20 % .... unter diesen Voraussetzungen wird das Projekt genehmigt“, zwar „sparsam gedacht hat“, diese Vorgabe aber seriös nicht umsetzbar ist. Der LRH ist der Ansicht, dass derartige Entscheidungen auf Grund einer seriösen Berechnung und nicht auf der Basis politischer Vorgaben getroffen werden sollten.

Stellungnahme TILAK
Wie der LRH selbst feststellt, konnte die TILAK dem Aufsichtsrat im November 2004 Betriebsfolgekosten in der Höhe von EUR 3,0 Mio auf Basis der aktuellen Planungstiefe nach durchgeführter Projekt-Redimensionierung bekannt geben.

Hinweis

PM-Abwicklung
Verantwortliche:
TIVELOP
Wie schon erwähnt, beschloss der TILAK- Vorstand im Oktober 2004, das PM für das KHZ wieder durch die eigene Abteilung BuT durchführen zu lassen.
7. Geschäftsfelder

PM-Übergabe
Verantwortliche: TIVELOP/BuT


Kritik

Der LRH vermisste weiters einen Werkvertrag zwischen der TILAK als Auftraggeber und der TIVELOP als Auftragnehmer, der bei einer Auftragssumme von immerhin 6,15 Mio. € die gegenseitigen Rechte und Pflichten regeln sollte. So waren in diesem Fall weder der Auftragsbeginn der TIVELOP noch das Auftragende klar bestimmt.

Nach einer stichprobenartigen Durchsicht der der Abteilung BuT übergebenen KHZ-PM-Unterlagen ist der LRH der Ansicht, dass die PM-Projektabwicklung nicht die in der TILAK-Abteilung BuT üblichen Qualitätseigenschaften aufweist, insbesondere in der Dokumentation und Straffheit der Projektsorganisation.

Werkverträge


Sonderplaner

Nach Ansicht des LRH erteilte das PM im Rahmen seiner Autorisierung über das übliche Ausmaß hinaus Planungsaufträge an Sonderplaner, das sind hier Facility-Managementleister, Fassadenberater, Tageslicht-, Logistik- und Küchenplaner, etc. Die Auftragssumme der Sonderplaner beträgt bisher rd. 0,569 Mio. €, das sind rd. 6 % der budgetierten KHZ-Honorare. Nicht immer stand den Beauftragungen auch ein entsprechender Zusatznutzen gegenüber, weshalb vom neuen PM ein Teil der Leistungen nicht mehr abgerufen wird.

Der LRH regt prinzipiell an, die Beauftragung von Sonderplanern sparsam einzusetzen, da ein Teil der zusätzlich zu beauftragenden Leistungsbilder (Klimaengineering, Facility-Managementberatung, Koordinations- und Moderationsleistungen) auch bei den jeweiligen Fachplanern enthalten sein müsste.
Geschäftsfelder

Projektstruktur


Terminplanung

Auch die Terminplanung wies über weite Teile nicht die erforderliche Tiefenstruktur auf und erreichte nach Ansicht des LRH lediglich die Ebene einer Grobterminplanung.

Projektdokumentation

Im Wesentlichen erfolgte die PM-Abwicklung des KIZ durch den GF der TIVELOP in seiner Funktion als Gesamtprojektleiter für dieses Projekt und zwei weitere Bedienstete. Insbesondere hinsichtlich des Projektdokumentationsumfanges als auch des Entscheidungsfindungsprozesses, hatte der LRH den Eindruck, dass die üblichen Standards der TILAK-Abteilung BuT nicht erfüllt wurden.

Stellungnahme

TIVELOP

Unsere Dokumentations- und Kommunikationssysteme sind darauf ausgerichtet, digital, elektronisch und effizient zu funktionieren (wie z.B. digitales Dokumentenmanagement, SAP, elektronische Kommunikationssysteme, ftp-Server, e-mails etc. mit entspr. Datensicherungsstrukturen). So wird heutzutage die Projektkommunikation zu über 95% elektronisch abgewickelt. Der Einblick in die analoge Projektablage kann deshalb heute keinen Eindruck mehr über die Qualität der Projektdokumentation vermitteln.

Dies macht es naturgemäß für eine dritte Kontrollinstanz schwierig, sich ein Urteil zu bilden, was auch nicht Hauptzielrichtung unseres DM-Systemes war. Dennoch haben wir uns bemüht, des LRH bestmöglich zu unterstützen und glauben, wie bereits eingangs erwähnt, eine konstruktive Zusammenarbeit im wechselseitigen Interesse praktiziert zu haben.

Replik des LRH

Dem LRH sind die Dokumentations- und Projektkommunikationssysteme in der TIVELOP und in der TILAK bekannt. Damit ist die TIVELOP aber noch nicht der Verpflichtung enthalten die jeweiligen Projektsunterlagen analog, das heißt in Papierform, ihren Systempartnern zur Verfügung zu stellen. Die Notwendigkeit einer les- und nachvollziehbaren Dokumentation betraf im Übrigen, mehr die PM-Leistung übernehmende Abteilung BuT in der TILAK als den LRH.
7.2.3 TIVELOP- Bauträgerleistungen


Nach der Gewerbeordnung sind Bauträger berechtigt, die von ihnen errichteten Bauten auch zu verwerten und zu verwalten. Eine Gebäude-Verwertung und -Verwaltung erfolgt aber nur für die TIVELOP Tochtergesellschaften in Hall.

7.2.3.1 TCC Hall BA I


Gründung der TCC Wie schon erwähnt, gründete die TIVELOP im Jahr 2001 die „TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH“. Gegenstand des
Unternehmens sind im Wesentlichen Errichtung, Finanzierung, Betrieb und Verwertung des „TILAK Competence Center“ samt Nebeneinrichtungen in Hall in Tirol.

**TILAK-Beschlüsse**


**Bauträgervertrag**


**Aufgaben der TIVELOP**

Die Entwicklung der RFP erfolgte durch die TIVELOP in Abstimmung mit dem AZW-Direktor bzw. dem UMIT-Beauftragten der TILAK. Auf Grund dieses RFP wurde von der TIVELOP im ersten Quartal 2002 ein Architektur- bzw. städtebaulicher Wettbewerb vorbereitet, der eine Gesamtverbauung des Areals auf dem im Eigentum des Landes stehenden Grundstück in Hall beinhaltete (s.u.). In einer ersten Baustufe „UMIT-Gebäude“ sollten damit Flächen für die Funktionen

- UMIT,
- AZW,
- Nebenflächen (Infrastruktur) und
- Studentenwohnheim
errichtet werden. In den nächsten Baustufen sollten Gebäude für die TILAK-Töchter bzw. TILAK-nahen Einrichtungen im medizinischen Informationstechnikbereich, ein Forschungslabor für die KMT-Kompetenzzentrum Medizin GmbH, an der die TILAK beteiligt ist, sowie für einen Medizincluster entstehen.


**Bauabschnitte TCC**

**TCC Hall**

Im UMIT-Gebäude sind folgende Einrichtungen mit einem verwertbaren Flächenanteil von rd. 15.650 m² untergebracht. Die Bruttogeschoßfläche (Brutto-Grundfläche) beträgt 19.240 m²:
7. Geschäftsfelder

Flächenverteilung BA I

<table>
<thead>
<tr>
<th>Mieter</th>
<th>Flächen in m²</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>UMIT Zuschuss Hall</td>
<td>1.503</td>
</tr>
<tr>
<td>UMIT Miete</td>
<td>2.874</td>
</tr>
<tr>
<td>AZW-2 lt. GuKG</td>
<td>4.194</td>
</tr>
<tr>
<td>AZW-2 Miete</td>
<td>2.016</td>
</tr>
<tr>
<td>Datacenter (versch. Mieter)</td>
<td>217</td>
</tr>
<tr>
<td>Cafe</td>
<td>414</td>
</tr>
<tr>
<td>Bank</td>
<td>50</td>
</tr>
<tr>
<td>TCC+TIVELOP</td>
<td>297</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe Mietflächen</strong></td>
<td><strong>11.565</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Parkflächen</strong></td>
<td><strong>4.079</strong></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Baustufe I Studentenheim

Im Zuge der Projektentwicklung stellte sich heraus, dass für die Unterbringung der Schüler des AZW und der Studenten der UMIT ein eigenes Studentenheim erforderlich ist. In den Sommermonaten soll das Heim als 3*-Hotel betrieben werden. Die Errichtung des Heimes mit 164 Plätzen in Zimmern bzw. Garconnieren und eines Kinderhortes erfolgte im Zuge des BA I. Die NF des Heimes und des Horts beträgt 4.247 m², die Bruttogeschoßfläche beträgt rd. 6.370 m².

Kostenentwicklung

Nach den dem Land Tirol im Zuge der Projektentwicklung zur Verfügung gestellten Projektunterlagen nahm das Gesamtprojekt laut den jeweiligen Ermittlungen für die Errichtungskosten folgenden Kostenverlauf:

Errichtungskosten BA I

<table>
<thead>
<tr>
<th>Projektsstand</th>
<th>Maßnahmen</th>
<th>Kosten in Mio. €</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Oktober 02</td>
<td>UMIT (4. OG) und STH</td>
<td>29,10</td>
</tr>
<tr>
<td>April 03</td>
<td>UMIT (3. OG) und STH</td>
<td>26,00 bzw. 28,10</td>
</tr>
<tr>
<td>Juli 04</td>
<td>UMIT (3. OG) und STH</td>
<td>33,35</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Im TCC-Beirat wurden zu Baubeginn Anfang April 2003, nach Reduktion des Gebäudes um ein Stockwerk, die „Gesamtkosten“, das sind Errichtungskosten im Sinne der ÖNORM, mit 28,1 Mio. € bekannt.
7. Geschäftsfelder


Kritik
Der LRH führte bei diesem Projekt aus Kapazitätsgründen keine „Bauwirtschaftsprüfung“ im eigentlichen Sinne durch, er stellte aber fest, dass die Kostendarstellungen zwischen 26,0 und 33,35 Mio. € differierten und sowohl für die einzelnen Entscheidungsträger der TILAK als auch für den LRH nicht transparent waren. Eine Aufschlüsselung der Kostenbereiche für diese Organe wurde nicht durchgeführt.

Stellungnahme TIVELOP

Replik des LRH
Die Unterlagen, die zu dieser Kostentabelle geführt haben, stammen alle von der TIVELOP und wurden von ihr den eigenen Gremien, der TILAK und dem Land Tirol zur Verfügung gestellt. Wie die TIVELOP selbst anführt, waren ihre eigenen Kostenangaben irreführend bzw. beinhalteten nicht immer alle Kostenbereiche. Der LRH hat zum besseren Verständnis im Bericht die jeweiligen Kostenstände angeführt, aber auch die entsprechende Kritik geübt.

Kostenvergleich UMIT
Dem Landesrechnungshof ist zuzustimmen, dass der Vergleich der Kosten des UMIT-Gebäudes mit denen eines großen Mehrfamilienhauses wegen der großen Unterschiede bei derartigen Gebäuden nur bedingt aussagekräftig ist. Inwieweit die angemessenen Gesamtbaukosten nach dem Tiroler Wohnbauförderungsgesetz dennoch ein "entsprechender Maßstab" sein sollen, wird im Bericht nicht näher ausgeführt.

Zum Kostenvergleich laut Seite 75, in dem das Universitätsgebäude mit den "angemessenen Gesamtbaukosten im Sinne der Wohnbauförderung für große Mehrfamilienhäuser" verglichen wird, ist aus unserer Sicht nicht sehr aussagekräftig.

Vielmehr sind wir der Ansicht, dass die Kostenkennzahl von ca. 1.100,-- EUR/m²/BGF für ein hochwertiges, bewusst multifunktionelles und hochtechnisiertes Gebäude wie das UMIT-Gebäude jedem Vergleich mit ähnlichen Projekten standhält und als äußerst wirtschaftlich zu bezeichnen ist.

Es darf in diesem Zusammenhang etwa auf die durchschnittlich weit höheren Vergleichskosten, beispielsweise auf die Errichtungskosten im allgemeinen, aber auch im öffentlichen Büro-, Schul- und Amtsgebäudebau verwiesen werden.

Der LRH wollte mit diesem Vergleich lediglich eine Größenordnung darlegen. Er ist der Ansicht, dass der angegebene Kostenkennwert im Rahmen vergleichbarer Objekte mit dieser Ausstattungstiefe liegt. Wie das zur gleichen Zeit errichtete Studentenheim zeigt, liegen dessen Kosten um rd. 3 % über den angemessenen Gesamtbaukosten im Sinne der Wohnbauförderung.


Zum TCC-Studentenheim ist richtig zu stellen, dass dieses mit EUR 7,87 Mio zwar budgetiert wurde, allerdings im Rahmen der angemessenen Gesamtbaukosten im Sinne der Wohnbauförderung endabgerechnet wird. Es ist also zu keiner Kostenüberschreitung gekommen.
Finanzierung BA I

Die Finanzierung des BA I erfolgt zum Großteil durch Einrichtungen der öffentlichen Hand, von denen die Mehrheit dem Land Tirol zuzurechnen sind. Sie war wie folgt vorgesehen:

**Finanzierungsaufteilung (Beträge in Mio. €)**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Finanzierung durch:</th>
<th>Bauteil</th>
<th>Soll</th>
<th>IST¹</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>TILAK-Baubudget</td>
<td>Anteil AZW lt. GuKG</td>
<td>6,100</td>
<td>7,020</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Anteil AZW TG</td>
<td>0,920</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Anteil STH</td>
<td>1,490</td>
<td>1,490</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Einrichtung AZW</td>
<td>1,400</td>
<td>4,200</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Einrichtung STH</td>
<td>1,000</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>IT-Ausstattung AZW</td>
<td>1,800</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Sondermaßnahmen</td>
<td>0,290</td>
<td>0,295</td>
</tr>
<tr>
<td>UMIT</td>
<td>Planungskosten</td>
<td>0,800</td>
<td>0,000</td>
</tr>
<tr>
<td>Bund</td>
<td>Zuschuss STH</td>
<td>2,460</td>
<td>2,000²</td>
</tr>
<tr>
<td>WBF</td>
<td>Darlehen STH</td>
<td>3,779</td>
<td>3,590³</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Zuschuss NEH-F, Solar</td>
<td>0,141</td>
<td>0,000²</td>
</tr>
<tr>
<td>Stadt Hall</td>
<td>Zuschuss UMIT</td>
<td>2,180</td>
<td>2,180</td>
</tr>
<tr>
<td>BKH Hall</td>
<td>Zuschuss AZW</td>
<td>0,000</td>
<td>0,300</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe</strong></td>
<td><strong>öffentliche Hand</strong></td>
<td><strong>22,360</strong></td>
<td><strong>21,075</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>Bank</td>
<td>Restdarlehen</td>
<td>10,990</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Gesamtsumme</strong></td>
<td></td>
<td><strong>33,350</strong></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

¹... Stichtag 30.4.2005
²... diese Finanzierungsbeiträge sind noch nicht endabgerechnet und stehen zum Teil noch aus
³... diese Finanzierungsmittel sind noch nicht endabgerechnet

**Bauteil UMIT**

Seit dem Abschluss der Finanzierungsvereinbarungen und dem Vorstandbeschluss zum Baubeginn für den BA I haben sich einige Voraussetzungen verändert.


- Der Planungskostenzuschuss der UMIT wurde in eine Mietvorauszahlung umgewandelt.
Mit dem Gemeindeverband allg. öffentl. BKH Hall und der TILAK wurde im August 2004 ein Kooperationsvertrag betreffend die Übernahme der Aktivitäten der Gesundheits- und Krankenpflegeschule BKH Hall abgeschlossen. Für die Integration der Schule des BKH am neuen Standort des AZW im EWZ bezahlt das BKH Hall einen einmaligen, nicht rückzahlbaren Investitionskostenzuschuss in Höhe von € 300.000,--.

Stellungnahme TIVELOP


Replik des LRH

In dem angeführten Vertrag sichert die Stadt Hall der TCC einen einmaligen Baukostenzuschuss in Höhe von € 2,18 Mio. zu. Für den Fall, dass dieser Zuschuss nicht sofort bezahlt werden kann, verpflichtet sich die Stadt Hall, die „Refinanzierungskosten“ der TCC (anteilige Zinsen Gebühren, etc.) zu übernehmen. In der Praxis bedeutete dies, dass die TCC ein Darlehen in der Höhe des Baukostenzuschusses aufnehmen musste. Die jährliche Tilgung durch die Stadt Hall war diesfalls begrenzt mit der Höhe der jährlichen Kommunalsteuer laut Kommunalsteuererklärung explizit angeführter Unternehmen im TCC Hall.

Auf die Frage des LRH wie die Vereinbarung abgewickelt wird,klärte der GF der TCC, dass die Stadt Hall (bis zur Tilgung) des Darlehens auf die Einbebung der Kommunalsteuer verzichtet und die TCC das Darlehen tilgt. Da im Allgemeinen der Darlehensnehmer auch die Darlehenstilgung übernimmt, bestand für das LRH kein Anlass an dieser Darstellung zu zweifeln.

Ergebnis

7. Geschäftsfelder

Bauteil STH


Grundstück STH

Das Land Tirol ist Alleineigentümer der Liegenschaft östlich des Psychiatrischen Krankenhauses des Landes Tirol in Hall, auf der auf zwei Teilflächen die beiden Gebäude errichtet wurden. Der TCC Studentenheim GmbH wurde vom Land Tirol mit Baurechtsvertrag vom Mai 2004 das Baurecht zur Errichtung eines Studentenheimes für 50 Jahre eingeräumt. Der hiefür notwendige Beschluss des Tiroler Landtages wurde im März 2004 gefasst. Der wertgesicherte, jährliche Baurechtszins für das 5.549 m² große Grundstück beträgt für die ersten fünf Jahre € 1,-- pro m² und für die restliche Laufzeit € 6,-- pro m².

Grundstück UMIT


Mietpreis

Die dem Land Tirol bzw. der „Gesundheitsvorsorge in Tirol“ zuzurechnenden Mieter im UMIT-Gebäude (AZW und UMIT) entrichten der TCC für die nicht bezuschussten Flächenanteile ein monatliches Mietentgelt in Höhe von € 7,63 pro m² (Preisbasis Juli 2003) zuzüglich Betriebskosten, Center-Management-Kosten und Umsatzsteuer. Diese nicht bezuschussten Flächenanteile betragen bei der UMIT rd. 2.875 m², beim AZW rd. 2.020 m². Die übrigen Mieter
zahlen ein entsprechend höheres Entgelt. Der Grundanteil an der Miete beträgt je nach Berechnung rd. € 0,05 - 0,06 pro m² und fällt damit nicht ins Gewicht. Mit den Mieteinnahmen werden die von der TCC aufgenommenen Bankdarlehen getilgt.

**Bestandsverträge**


**Mietvorauszahlung**


7. Geschäftsfelder

Der LRH empfiehlt, auch für die Zeit nach Ablauf der durch die Mietzinsvorauszahlung abgedeckten vorgesehenen Nutzungsdauer eine Regelung zu treffen, die klar stellt, dass nach Ablauf dieser Zeitspanne kein Mietentgelt anfällt und die Instandhaltung der Gebäude gewährleistet ist.

**Stellungnahme TILAK**

Eine schriftliche Vereinbarung zur detaillierten Regelung der Rechte und Pflichten wurde bereits auf Anregung der Abteilung Finanzen des Amtes der Tiroler Landesregierung/Fr. Hintermüller im Zuge der TILAK – Bilanzbesprechung aufgesetzt und ist derzeit in finaler Ausarbeitung.

**Terminplanung**


**Stellungnahme TIVELOP**

Es darf höflich angemerkt werden, dass nicht ein verspätetes Bau-rechtsansuchen Ursache für die Terminverzögerung war.

**7.2.3.2 TCC Hall BA II**

**Competence Center**

Wie schon erwähnt, war bereits im Architekturwettbewerb konzipiert, in einer zweiten Baustufe auf demselben Areal des Landes einen „Wirtschaftspark“ für Unternehmen aus den Bereichen Medizin, Medizin-Informatik und Medizin-Technik in unmittelbarer Nähe zur UMIT zu errichten. TILAK-intern wurde dieses Projekt „Competence Center“ genannt. In diesem Gebäude sollten vorwiegend die in den Geschäftsfeldern „Medizininformatik“ und „Medizintechnik“ tätigen Tochterfirmen der TILAK, die icoserve information technologies, die ITH Information Technologies for Health Care, die HITT Health Information Technologies Tirol, aber auch externe IT-Firmen und Infrastrukturbetriebe untergebracht werden.
Im Zuge der Projektentwicklung, welche mit den potentiellen Mietern und der TIVELOP bzw. TCC erfolgte, beschloss der TCC-Beirat, das im Architekturwettbewerb vorgesehene Bauvolumen von ursprünglich 11.000 m² BGF zunächst um 1.500 m² BGF (Mai 2004) und letztlich um weitere 1.000 m² BGF (Juli bzw. September 2004) auf rd. 8500 m² BGF zu reduzieren. Die Flächen verstehen sich jeweils inklusive der Parkflächen. Die Verteilung der Gesamtfläche ist nunmehr wie folgt vorgesehen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Raumprogramm</th>
<th>Flächen</th>
<th>Verortung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>TILAK-Töchter</td>
<td>2.150</td>
<td>1. OG</td>
</tr>
<tr>
<td>IT-Firmen extern</td>
<td>2.850</td>
<td>2. OG</td>
</tr>
<tr>
<td>Technik/Nebenräume</td>
<td>1.000</td>
<td>EG/UG</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstiges/Lager</td>
<td>300</td>
<td>EG/UG</td>
</tr>
<tr>
<td>Parking</td>
<td>2.200</td>
<td>UG</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe</strong></td>
<td><strong>8500</strong></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Kosten/Finanzierung Die Kostenschätzung für das Projekt liegt bei rd. 8,50 Mio. € und soll mit Ausnahme des Anteils der Stadt Hall, also zum großen Teil, über Fremdmittel finanziert werden. Die EIB erklärte sich im April 2005 bereit, neben dem „KHZ“ auch bis zu 50 % der jeweiligen Projektkosten des „TILAK Competence Center“ in Hall mit einem sehr zinsgünstigen Darlehen zu finanzieren.


TILAK Wohnheim Bereits Mitte der 90er Jahre beabsichtigte die TILAK, als Ersatz für die wirtschaftlich nicht sanierbaren, alten Personalwohnungen in Völs ein Personalhaus zu errichten. Sie beauftragte die TIGEWOSI mit den Vorerhebungen für dieses Projekt. Einem entsprechenden Angebot der TIGEWOSI erteilte der TILAK-Vorstand „seine grundsätzliche Zustimmung, lediglich einige Detailpunkte müßten noch diskutiert werden“. In diesem Projekt war vorgesehen,
oberhalb des Psychiatrischen Krankenhauses des Landes Tirol in Hall dieses Personalwohnheim zu errichten. Ein konkreter Auftrag wurde der TIGEWOSI jedoch nicht erteilt und das Projekt von der TILAK vorerst nicht mehr verfolgt.


Die TIVELOP nahm daraufhin die Planungen auf und betraute die ArchitektInnen des „TCC-UMIT“ Campus mit einer Projektsstudie bzw. der Erstellung eines Vorentwurfs. Auf exakt demselben Grundstück nördlich des „TCC - UMIT“ Campus, auf welchem vor 10 Jahren die TIGEWOSI den Bau des Personalwohnheimes beabsichtigte, sollen nach diesen Planungen in Summe 21.355 m² BGF errichtet werden: 170 Garconnieren zu 40 m², 20 Wohnungen zu 60 m² sowie 267 Tiefgaragenstellplätze und die entsprechenden Nebenräume.

Kosten/Finanzierung Die aktuelle Kostenschätzung ermittelt die Errichtungskosten des Bauvorhabens mit rd. 18,0 Mio. €. Die Finanzierung soll durch einen Bundeszuschuss, ein Wohnbauförderungsdarlehen und wiederum ein Darlehen der Europäischen Investitionsbank erfolgen.

Termine Obwohl das Projekt „Wohnheim“ nicht zu den ursprünglichen Bauvorhaben am „TCC - UMIT“ Campus zählte, beabsichtigte die TIVELOP aus Synergieeffekten, das Wohnheim gleichzeitig mit dem „Competence Center“ bis Mitte 2006 zu realisieren.

Baurechtsansuchen Im März 2005 suchte die „TCC GmbH“ im Justiziar des Amtes der Tiroler Landesregierung um weitere Baurechtseinräumungen an:

- für das „Competence Center“ auf dem 7.145 m² großen Grundstück 458/5 gegen einen Baurechtszins von € 5,-- pro m²
- für das „Wohnheim“ auf dem 9.549 m² großen Grundstück 367/2 gegen einen Baurechtszins von € 1,-- pro m².
Allerdings muss für das Wohnheim zuvor noch ein flächengleicher Grundtausch mit der Stadt Hall durchgeführt werden.

TILAK-Aufsichtsrat

Der AR der TILAK behandelte die Baustufe II zuletzt im Dezember 2004 und nahm den Bericht des TILAK-Vorstandes zur Kenntnis. Er war der Ansicht, dass „die Baustufe II eine optimale Abrundung der UMIT und des Medizin-Clusters darstellt“. Er stellte klar, dass mit dem Land wegen der Finanzierung Kontakt herzustellen ist und die Vorgaben des Landes, 80 % Auslastung vor Baubeginn, eine gesicherte und optimierte Finanzierungsstruktur, eine Finanzierung ohne öffentliche Zuschüsse und kein „Ärzte-Zentrum“, zu erfüllen sind. Für die TILAK dürfte keine finanzielle Belastung entstehen. Für einen Beschluss des AR fehlen noch die von ihm geforderten Unterlagen.

Planungsstopp

Der Landeshauptmann hielt Ende März 2005 in einem Schreiben an den zuständigen TILAK-Vorstand fest, dass keine Zustimmung des Eigentümervertreters der TILAK, also des Landeshauptmanns, zur Umsetzung der Baustufe II in Hall vorliege und das gegenständliche Projekt in den zuständigen Gremien, insbesondere dem AR der TILAK, zu behandeln sei. Bis zur Zustimmung dieses Gremiums seien keinerlei Aktivitäten zur Planung bzw. Umsetzung dieser Baustufe zu setzen.

7.2.3.3 Kritik BA II

Information Aufsichtsrat


Weder der TILAK-Vorstand noch die TIVELOP legten dem AR der TILAK - im Sinne eines professionellen Projektmanagements - bis Ende Mai 2005 die gewünschten Unterlagen zur 80%igen Auslastung und zur Sicherung der Finanzierungsstruktur zur Entscheidung vor.

Die erforderlichen Informationen für die notwendigen Vorbereitungen zur Vergabe des Baurechtes auf den gegenständlichen Liegenschaften erfolgten erst im März 2005. Auf Grund der
fehlenden Zustimmung des AR bzw. des Eigentümers wurde bisher weder ein Regierungs- noch ein Landtagsbeschluss zur Baurechtsvergabe beantragt.

**Stellungnahme TIVELOP**

*Es darf angemerkt werden, dass (aus unserer Sicht bereits seit längerem, jedenfalls jedoch zwischenzeitlich) gegenüber dem TILAK-Aufsichtsrat die erforderlichen Nachweise hinsichtlich Vermietungsgrad und Finanzierbarkeit des Projektes vorgelegt wurden.*

**Replik des LRH**

*Der Vorsitzende des AR der TILAK hat dem LRH gegenüber erklärt, dass bis Ende Mai 2005 die für eine Entscheidung des AR benötigten Unterlagen noch nicht vorlagen.*

**Vergabe Planungsleistungen**

Für die Planung des Personalwohnheimes auf den neuen Grundstücken, die im ursprünglichen Planungsgebiet des Architekturwettbewerbs nicht beinhaltet waren, betraute die TCC den Architekten der Baustufen I und II, welcher diesen Auftrag als Wettbewerbssieger erhalten hatte. Der LRH weist darauf hin, dass für Dienstleistungsaufträge, deren Auftragswert über € 200.000,-- liegt, ein den Bestimmungen des BVerG entsprechendes Vergabeverfahren angewendet hätte werden müssen. Das angewendete Verhandlungsverfahren mit nur einem Unternehmer ist jedenfalls unzulässig, auch wenn der Auftrag als so genannter „Folgeauftrag“ behandelt wird.

**Errichtungskosten Wohnheim**

Nach den dem LRH vorliegenden Unterlagen betragen die Errichtungskosten für das Wohnheim rd. 18,0 Mio. €. Sie liegen damit nach einer überschlägigen Berechnung des LRH um ca. 15 % über den angemessenen Gesamtbaukosten der Wohnbauförderung. Das bedeutet, dass derzeit das Projekt in dieser Form nicht förderungswürdig wäre.

**Stellungnahme TIVELOP**

*Zu den Errichtungskosten Wohnheim darf richtig gestellt werden, dass die angeführten 18,00 Mio die budgetierten Gesamtherstellungskosten inklusive Einrichtungen und Reserven darstellen. Selbstverständlich sind die angemessenen Gesamtbaukosten (übri gens definitionsgemäß exkl. Einrichtung) laut den Definitionen der Tiroler Wohnbauförderung einzuhalten, was wir auf Grund der aktuellen Kostenschätzungen auch bestätigen können.*
| Stellungnahme TIVELOP | Auch hinsichtlich der Bezuschussung dieses Projektes durch den Bund laut Studentenheimgesetz kann berichtet werden, dass derzeit die Bedarfsprüfung des Bundes im Gange ist und positivenfalls eine Mitfinanzierung der anteiligen Studentenheimplätze aufgrund gesetzlicher Grundlagen angenommen werden kann. |
7. Geschäftsfelder

Replik des LRH

Was die Mitfinanzierung des Wohnheimes durch die EIB und den Bund betrifft, wollte der LRH auf mögliche Schwierigkeiten hinweisen und die TCC dazu bewegen, den beiden Fördergebern das Projekt transparent und offen darzustellen. Ein eventueller Ausstieg dieser beiden Institutionen würde erhebliche finanzielle Nachteile für die TCC, die TILAK und das Land Tirol bedeuten.

Koordination Land Tirol - TILAK - TCC


7.3 Projektcontrolling und Projektfinanzierung

7.3.1 Allgemeines

Im Geschäftsfeld Projektcontrolling und Projektfinanzierung übernimmt die TIVELOP die operative Abwicklung der Projektsteuerung und Projektfinanzierung, vor allem für die TILAK. Sie beabsichtigt, diese Leistungen im Rahmen der Bauträger- und PM-Tätigkeiten auch externen Kunden anzubieten.

Wie schon erwähnt, wurde zwischen der TILAK und der TIVELOP für die Erbringung der bisherigen Leistungen des TILAK-Baucontrollings bei TILAK Bau- und Investitionsprojekten eine Vereinbarung mit Wirkung 1.12.2000 abgeschlossen. Mit dem vereinbarten Honorar von 0,5 % zzgl. 5 % Nebenkosten der von der TIVELOP betreuten TILAK Bau- und Investitionsprojekte sind sowohl die Leistungen der Kostensteuerung für die TILAK als auch die Finanzierungsabwicklung mit dem Bund, dem Land und dem Tiroler Krankenanstaltenfinanzierungsfonds umfasst.
Ablaufplanung Qualitätsmanagement


7.3.2 Leistungsbild Baukostencontrolling

Für den Zweig der Kostensteuerung ergeben sich die detaillierten Teilleistungen „Baukostenüberwachung BKÜ“ (auch: BKC) aus dem Projekthandbuch der TILAK Abteilung BuT. Die BKÜ ist dabei im Rahmen der genehmigten Projektkosten auf Basis des TILAK-Standard-Baukostenplanes in allen Projektphasen „für die projektbegleitende BKÜ verantwortlich“.

Vergleich mit HO-PS

7.3.3 Leistungsbild Rahmenterminplanung und SAP-Koordination

Rahmenterminplanung


Kritik


Stellungnahme TILAK

Im Zuge der Reintegration des Bau- bzw. Projektcontrollings in die TILAK wird dieser Kritikpunkt Berücksichtigung finden.

SAP-Bearbeitung


SAP-Koordination

Im Rahmen der Projektsbearbeitung mit SAP werden die Aufgaben der SAP-Systemwartung von einem eigenen Systemverantwortlichen wahrgenommen. Zu diesen Aufgaben zählen die Anforderungsdefinition, die Erstellung des SAP-Pflichtenheftes, die Be-

Kritik


7.3.4 Leistungsbild Finanzierung

Budgetierung


Finanzierung

Die Finanzierungsabwicklung der TIVELOP für die TILAK mit den Finanzierungspartnern Bund, Land und TKF umfasst alle mit der Finanzierung in Zusammenhang stehenden Aufgaben bzw. Teilleistungen, beginnend mit der Erstellung eines Projektantrages über die Projektgenehmigung und die Ratenanforderung beim Bund bis zum Projektabschluss.

TILAK-Jahresabschluss

Nach Vorliegen des Ausgabenstandes am Buchungsende des Geschäftsjahres der TILAK erfolgt im SAP eine Projektabrechnung mit den erforderlichen Meldungen an den Bund, an das Land Tirol für den Rechnungsabschluss und an die TILAK für ihren Geschäftsbericht.
7. Geschäftsfelder

7.3.5 Honorarverrechnung

Soll-Verrechnung


In den Jahren 2000 (Dezemberrate) - 2002 (Teilabrechnung) stellte die TIVELOP der TILAK in Summe € in Rechnung. Seitdem erfolgte in diesem Geschäftsfeld keine Leistungsabrechnung der TIVELOP an die TILAK, weil laut GF „auf Grund der fehlenden Bundeszusage für das „Klinik 2015“-Programm die Anerkennung von Konzern-Drittleistungen nicht gesichert sei“.

<table>
<thead>
<tr>
<th>JAHR</th>
<th>2000</th>
<th>2001</th>
<th>2002</th>
<th>Gesamt</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>€</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

**BKÜ Honorarrechnung TIVELOP an TILAK**

**Kritik**


**Ausstehende Honorare**

Zusammenfassend kommt der LRH zur Ansicht, dass der Honorarsatz von 0,525 % (inkl. Nebenkosten) der Projektkosten bzw. das durchschnittliche jährliche Honorar von rd. €____ als leicht überhöht zu beurteilen ist, wenn man den Arbeitsaufwand in der TIVELOP und die von der TILAK zur Verfügung gestellte Büroinfrastruktur berücksichtigt. Einzelne im Gesamtpaket enthaltene Teilleistungen, wie zum Beispiel die Rahmenterminplanung und Teile der SAP-Koordination,
können neu kalkuliert werden. Auf jeden Fall sind aber die Leistungen im Rahmen des Bau- und Investitionsprogramms „Klinik 2015“ in diesem Paket enthalten und sollen nicht mehr eigens verrechnet werden.

7.4 Medizintechnik-Planung

7.4.1 Entstehung und Organisation


Gründe der Erweiterung

Die TIVELOP schlug dem Vorstand der TILAK im September 2001 vor, das Geschäftsfeld der TIVELOP um den Bereich „Medizintechnik-Planungsleistungen“ zu erweitern, um (u. a.):

- das Know-how der TILAK im Bereich MT extern zu verwerten, und
- Eigenleistungen des ZML über die Verrechenbarkeit der Eigenplanung mit dem Bund aktivieren zu können.

Über die Verrechnungssätze sollte zwischen der TILAK und der TIVELOP eine eigene Vereinbarung abgeschlossen werden.


Vereinbarung

Mit Vertrag vom November 2001 übernahm die TIVELOP rückwirkend mit 1.1.2001 die gesamten TILAK-Medizintechnik-Planungs- und Überwachungsleistungen für Medizintechnikprodukte, und zwar sowohl für Neu- als auch für Ersatzbeschaffungen. Weiters war beabsichtigt, dass die TIVELOP Medizintechnik-Planungsleistungen für Bauprojekte der TILAK erbringt, soweit es ihre Kapazität erlaubt. In diesen Fällen ist jeweils eine gesonderte Einzelvereinbarung erforderlich. Im Gegenzug übernahm die TIVELOP ab dem
Übernahmezeitpunkt die Personalkosten des ZML-Planungsbereiches sowie die anteiligen Betriebskosten.

Die Teilbereiche „Technisches Büro für Elektronik und Biomedizinische Technik“, „Übernahmekoordination“ im Sinne des Medizinproduktgesetzes“, „Medizintechnik-Planung“ und „Medizintechnik-Einkauf“ des ZML sind seitdem organisatorisch der TIVELOP zugeordnet. Die Struktur der Gerätebeschaffung (60/40 Geräte und Ersatzbeschaffung) bzw. der Gerätebetreuung am LKH Innsbruck hat nun folgendes Bild:
Aufgaben ZML-LKH

Wie schon erwähnt, war und ist das ZML eine Einrichtung des LKH Innsbruck. Laut Auskunft des Leiters beider Abteilungen zählen unter anderem nachfolgende Leistungen, die auch auf der Intranetseite des LKH Innsbruck angeführt sind, zu seinen Kernaufgaben:

- umfassende Beratungsleistung der TILAK,
- Planung, Einkauf und Beschaffung von Medizin- und Labortechnik,
- deren Betrieb, Wartung und Instandhaltung.

Aufgaben TB TIVELOP


Mit Ausnahme des LKH Innsbruck ist die TIVELOP in den Krankenanstalten der TILAK kaum aktiv. In den Jahren 2003 und 2004 wurde nur für das LKH Hochzirl die Planung für ein Echokardiographiegerät übernommen bzw. dessen Beschaffung abgewickelt.

Abgrenzung Bau- und Technik

Auf der Ebene der TILAK nimmt bei Medizintechnikbeschaffungen in Bauprojekten der Fachbereich „MT“ in der Abteilung BuT mit zwei Bediensteten die Aufgaben der Bauherrenvertretung wahr. Zu einem geringen Teil, laut Auskunft des Fachbereichsleiters zwischen 30 % und 40 % der Fachbereichskapazität, werden auch Eigenplanungen durchgeführt, zum Beispiel bei den Projekten Medizinzentrum Anichstraße (MZA), sowie Chirurgische und Nuklearmedizinische Stationen.

Da die in der Vereinbarung vorgesehene Zusammenarbeit zwischen der TIVELOP und der BuT nicht reibungslos verlief, bemühte sich die TIVELOP seit 2001, eine einheitliche und unter ihrer Führung liegende Aufgabenzuordnung zwischen der TIVELOP/TB und der Abteilung BuT/MT zu erwirken.

Nach mehreren TILAK-internen Verhandlungen genehmigte der TILAK-Vorstand im Jänner 2004 einen Vorschlag der TIVELOP über die Zusammenarbeit mit der Abteilung BuT. Dieser bestätigte im Wesentlichen die „Urvereinbarung“, dass MT-Planungen projektweise über die TIVELOP durchgeführt werden. Falls diese Projekte mit einer
7. Geschäftsfelder

Personalzuteilung von TILAK BuT-Mitarbeitern abgewickelt werden, übernimmt die TIVELOP die Ist-Personalkosten. Weiter soll die TILAK-interne Koordination aller mit der Beschaffung von Medizintechnikgeräten befassten Abteilungen (LKH/ZML, TIVELOP/TB, BuT-Medizintechnik, BOR-Geräteabwicklung, Zentraleinkauf) unter der Führung der Abteilung BuT stattfinden.

Nach Ansicht des LRH können durch die nunmehr monatlich stattfindenden Planungskoordinationssitzungen die Koordinations- und Kommunikationsdefizite beseitigt und die Kompetenzen klarer geregelt werden.

Kritik

Nach Ansicht des LRH zeigt recht deutlich das Beispiel „Reorganisation der Medizintechnik-Geräte“ in der TILAK durch Ausgliederung eines Teiles der Medizintechnik-Planung an die TIVELOP, dass die Ausgliederung die Ursache der nachfolgenden Probleme, wie Kommunikationsverlust und Auftreten wider sprüchlicher Interessen zwischen den Bereichen TILAK-BuT und TIVELOP/TB war.

7.4.2 Honorarvereinbarung


Kritik Stufen-Modell


**Euro-Anpassung**

Auf Antrag der TIVELOP gewährte ihr die TILAK eine ab Juli 2003 geltende Anpassung der Honorarsätze für die einzelnen Gerätegruppen gemäß nachfolgender Tabelle. Begründet wurde dies damit, dass „der Bund die Schwellenwerte der Gerätegruppen an die Euro-Werte angepasst hat“. Für die TIVELOP bedeutet dies, dass im Kostenintervall € 72.673,-- - € 100.000,-- der höhere Prozentsatz von zur Verrechnung kommt. Im Jahr 2004 war das bei sieben Projekten der Fall. Die Mehrkosten für die TILAK betrugen dabei rd. 

<table>
<thead>
<tr>
<th>Gerätegruppe</th>
<th>bis Juni 2003</th>
<th>Honorarsatz ohne NK</th>
<th>ab Juli 2003</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>A</td>
<td>bis ATS 100.000,--</td>
<td></td>
<td>bis € 10.000,--</td>
</tr>
<tr>
<td>B</td>
<td>ATS 100.000,--/1.000.000,--</td>
<td>€ 10.000,--/€ 100.000,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>C</td>
<td>ATS 1.000.000,--/10.000.000,--</td>
<td>€ 100.000,--/€ 1.090.092,51</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>D</td>
<td>über ATS 10.000.000,--</td>
<td>nicht geregelt</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Kritik**


Wie schon erwähnt, forderte der Bund für die „Weiterverrechnung“ der Planungskosten auf das Projekt einen Drittvergleich über die gerechtfertigte Honorarhöhe der TILAK bzw. deren Konzerntochter. Der LRH stellt äußerst kritisch fest, dass ein Drittvergleich für die Feststellung der Preisangemessenheit der Honorarsätze nicht durchgeführt wurde. Es besteht die Gefahr, dass der Bund die verrechneten Honorarsätze nicht anerkennt und auf eine Rückzahlung besteht.
Die TILAK-Abteilung BuT holte im Juni 2003 für die Gruppe „Gerate-Ersatzbeschaffungen und 60/40 Geräte“ externe Vergleichsangebote zu dem von der TIVELOP zu erbringenden Leistungsumfang ein. Der Vergleich ergab bei einem angenommenen Beschaffungsumfang von durchschnittlich rd. 5,2 Mio. € pro Jahr Honorarsätze in Höhe von 

\[ \text{Honorar} \times \text{Geräte-Beschaffungswert} \]

Hierzu dürfen wir anmerken, dass uns dieses Vergleichsangebot nicht bekannt ist und wir deshalb die Vergleichbarkeit nicht überprüfen können. Aus diesem Grund ist auch der auf Seite 97 angeführte Honorarvergleich nicht nachvollziehbar und aus unserer Sicht so auch nicht glaubwürdig.

Festzuhalten ist vielmehr, dass die durch die TIVELOP MT-Planung erbrachten Leistungen teilweise mit externen Leistungen nicht vergleichbar sind, bzw. in den offiziellen Honorarrichtlinien der Technischen Büros keine Berücksichtigung finden, wie:

- umfassende Beratungsleistungen für das LKI bzw. das Investitionscontrolling sowie Machbarkeitsstudien – ca. 30% der Arbeitszeit – ohne Verrechnung
- Technische und administrative Abwicklung von Ausschreibungen im Auftrag des Auftraggebers - ohne Verrechnung.
- Koordination/Einbringung des Betreiber-Know-Hows aus dem Instandhaltungsbereich des ZML - ohne Verrechnung.
- Unterstützung des Zentraleinkaufs – ohne Verrechnung.

Die Vergleichsangebote der TILAK liegen dem LRH selbstverständlich vor, sie wurden der TIVELOP aus Datenschutzgründen jedoch nicht zur Verfügung gestellt.

Dem LRH erscheint das zeitliche Ausmaß der angegebenen, nicht verrechenbaren Planungsleistungen der TIVELOP für die TILAK einerseits als überhöht und andererseits als nicht richtig zugeordnet. Nach Ansicht des LRH muss in einem Vergabeverfahren der Planer, also die TIVELOP, den Auftraggeber, hier die TILAK mit der Abteilung ZEK, unterstützen. Der LRH hat im Übrigen alle gegenseitigen „Gratisleistungen“ aufgezeigt und eine Klärung dieses Umstandes angeregt.
Bauprojekte

In der (Honorar)Vereinbarung war beabsichtigt, Medizintechnik-Planungsleistungen bei Bauprojekten vorrangig an die TIVELOP zu vergeben, wobei jeweils eine gesonderte Einzelvereinbarung getroffen werden sollte. Das bedeutet, dass die TIVELOP wie ein externer Planer auftritt. Im Ergebnis sollte folgende Aufgabenteilung vorliegen:

**Aufgabenabgrenzung Medizintechnik-Planung Bauprojekte**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Ersteller</th>
<th>Planungs-Koordination</th>
<th>Machbarkeitsstudie</th>
<th>IST-Erhebung</th>
<th>MT-Planung</th>
<th>ÖBA</th>
<th>Übernahme Koordination</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>TIVELOP/ TB</td>
<td>0(1)</td>
<td>X</td>
<td>X</td>
<td>0(2)</td>
<td>0(3)</td>
<td>X</td>
</tr>
<tr>
<td>BuT/MT</td>
<td>X</td>
<td>0</td>
<td>--</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
<td>--</td>
</tr>
<tr>
<td>Externe Planer</td>
<td>--</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
<td>X</td>
<td>X</td>
<td>--</td>
</tr>
<tr>
<td>0</td>
<td>untergeordnete Bedeutung</td>
<td>Haupttätigkeit</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Aufträge


Nach Ansicht des LRH ist es der TIVELOP noch nicht gelungen, bei Bauprojekten der TILAK in den angestrebten Planungsgebieten Planungskoordination (Tabelle 01), MT-Planung (Tabelle 02) und Bauüberwachung [ÖBA (Tabelle 03)] Fuß zu fassen.

**nicht honorarberechtigte Medizintechnik-Leistungen**


110
7. Geschäftsfelder

Planungshonorar verrechnet. Im Gegenzug erbringt jedoch der „ZEK“ im Rahmen der Verkaufsgespräche des TB mit den Bietern verschiedene Leistungen für das TB, ohne dass auch hier eine Verrechnung erfolgt.

Hinweis
Dem LRH ist bewusst, dass eine genaue Leistungsabgrenzung zwischen LKH-Innsbruck, BuT und ZEK einerseits und der TIVELOP/TB andererseits, aber auch zwischen dem LKH/ZML und der TIVELOP/TB bei diesen für sich jeweils geringfügigen Leistungen verwaltungsaufwändig und nicht immer einfach ist. Eine Nichtverrechnung widerspricht jedoch der Vereinbarung zwischen der TILAK und der TIVELOP. Auf jeden Fall sind Ersatzbeschaffungen nach Ansicht des LRH honorarberechtigt.

Honorarvolumen

Honorareinnahmen TB (Beträge in €)

<table>
<thead>
<tr>
<th>TILAK</th>
<th>GERÄTEBUDGET</th>
<th>BAUBUDGET</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Jahr</td>
<td>Honorar</td>
<td>Honorarbezugs</td>
</tr>
<tr>
<td>2002</td>
<td>[ ]</td>
<td>[ ]</td>
</tr>
<tr>
<td>2003</td>
<td>[ ]</td>
<td>[ ]</td>
</tr>
<tr>
<td>2004</td>
<td>[ ]</td>
<td>[ ]</td>
</tr>
<tr>
<td>Summe</td>
<td>[ ]</td>
<td>[ ]</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Durchschnittssatz


TILAK/TIVELOP Vorarbeiten-problematik

Durch ihre sonstigen Aufgaben im TILAK-Konzern hat die TIVELOP bei allen Medizintechnik-Planungsleistungen gegenüber anderen Bietern erhebliche Informationsvorteile. Sie ist sowohl in die Finanzierungsplanungen mit dem Bund als auch in die diversen medizinischen Ziel- und Betriebsorganisationsplanungen, in das Projekts-Bau-Controlling und in den Gerätebetrieb eingebunden. Teilweise übernimmt sie in den Vergabegesprächen mit den Bietern die Auftragnehmerfunktion für die TILAK.

Nach Ansicht des LRH ist es aus vergaberechtlichen Gesichtspunkten problematisch, wenn die TIVELOP in den einzelnen Vergabeverfahren als „normaler“ Bieter auftritt, da nach dem BVergG 2002 „Unternehmer, die an der Erarbeitung der Unterlagen für das Vergabeverfahren unmittelbar oder mittelbar beteiligt waren, von der Teilnahme am Vergabeverfahren auszuschließen sind, soweit durch ihre Teilnahme ein fairer Wettbewerb ausgeschlossen wäre“.

externe Leistungs-erbringung


Hinweis Wenn „aus Kapazitätsgründen“ kaum bzw. keine Planungsaktivitäten nach außen erfolgen, müssten aus unternehmerischer Sicht entsprechende Personalmaßnahmen, also Personaleinstellungen, durchgeführt werden. Das würde für die TIVELOP bzw. die dahinter stehenden „Einrichtungen“ TILAK und in weiterer Folge Land Tirol aber auch die Übernahme unternehmerischer Risken bedeuten, wenn die Kapazitätsauslastung aus Markt- oder anderen Gründen nicht mehr gegeben ist.


7.4.3 Projektsablauf Gerätebeschaffung


TIVELOP-Seite Der Planungs- und Beschaffungsablauf im TB der TIVELOP ist nach Höhe der Antragskosten (größer oder kleiner als € 30.000,--) strukturiert. Im Wesentlichen folgt der Ablauf der nachstehenden Grobstruktur:

- Planung,
- Ausschreibung,
- Vergabe in Kooperation mit dem TILAK-Zentraleinkauf,
• TILAK-Vorstandsantrag,
• Bestellung – Lieferung – Überwachung,
• Abrechnung.

Der gesamte Beschaffungsprozess ist im TB mit einer internen Checkliste unterlegt, die gleichzeitig der Dokumentation dienen soll.

Nach Abschluss der vom TB erbrachten Leistungen stellt die TIVELOP der TILAK ein Planungshonorar im Sinne der Vereinbarung in Rechnung.

7.4.4 Projektsbeispiele – 60/40 Geräte

7.4.4.1 Blutzellzähl- und Differenziersystem

Auftrag/Vorarbeiten


Vergabe


Lieferung/Zahlung

7. Geschäftsfelder

7.4.4.2 Ultraschallgerät

Auftrag/Vorarbeiten

Vergabe
Es langten sechs Hauptangebote sowie drei Alternativangebote ein, die Preise reichten von € 47.640,-- bis € 109.000,--. In der Bestbieterermittlung, welche nach den Kriterien Serviceeffizienz, Preis, Technische Daten und Nutzerbeurteilung erfolgt, wurde letztlich das Alternativangebot mit € 109.000,-- (exkl. Rabatt) als bestes Angebot bewertet. Da die nunmehrigen Anschaffungskosten des Ultraschallgerätes wegen der Spezialschallköpfe für die Schilddrüsendiagnostik über den Antragskosten von rd. € 80.000,-- lagen, stellte die TILAK einen Projektserweiterungsantrag, der von ihr und der Universität genehmigt wurde.

Lieferung/Zahlung

7.4.4.3 Hochenergetische Blitzlampe

Auftrag/Vorarbeiten

Vergabe
Nach mehreren Preisgesprächen, in welchen eine Preissenkung um rd. 7 %, vier zusätzliche Handstücke im Wert von rd. € 19.600,-- und ein Skonto von 3 % erzielt werden konnten, erfolgte im September 2004 die Vergabe an den Bieter mit den besten technischen Daten und letztlich dem günstigsten Preis.
7. Geschäftsfelder


7.4.4.4 Kritik und Bewertung


Nutzerwunsch Beim Großteil der Geräteanschaffungen war und ist der Benutzerwille ausschlaggebend für die Auswahl des zu beschaffenden Gerätes. Der LRH stellte in den von ihm geprüften Fällen fest, dass die vom Nutzer vorgenommene, notwendige Vorauswahl der Geräte, welche im Antrag der Universitätskliniken an die Medizinische Universität und die TILAK bezeichnet sind, die ökonomischen Kriterien in den Hintergrund treten lässt.

Zuschlagskriterien Der Zuschlag wird in aller Regel nach dem technisch und wirtschaftlich günstigsten Angebot erteilt. Die Bestbieterermittlung beruht dabei zu 30 % auf den Kriterien des Preises, zu 25 % auf den Kriterien der Serviceeffizienz, zu 20 % auf den Technischen Daten und zu 25 % auf der Nutzerbeurteilung. Nach Ansicht und Erfahrung des LRH sind die Kriterien der Serviceeffizienz und der Nutzerbeurteilung im Vergleich zum Preiskriterium überbewertet und erfahren teilweise eine vergaberechtlich unzulässige Doppelbewertung, indem einige Kriterien sowohl als technische Daten als auch als Nutzerbeurteilung zum Einsatz kommen.

Der LRH empfiehlt, auch Betriebs- und Handlings-Kosten wie geringere Ausfallzeiten und Entlastung im Gerätebetrieb durch Wegfall von Zwischenschritten in einer Kostenvergleichsrechnung zu ermitteln und dann in die Bestbieterermittlung mit aufzunehmen.

Nachverhandlungen

Verhandlungsverfahren

Dokumentation
Grundlegende Voraussetzung für ein Leistungsverzeichnis ist die Ermittlung der technischen und medizinischen Leistungsparameter nach den Regeln der Technik bzw. den Vorgaben der Nutzer. Der LRH stellte bei den einzelnen Beispielen fest, dass die Dokumentation der Nutzergespräche und der für die Planung notwendigen Berechnungen eher mangelhaft war.

Verrechnung
Im Auftragsschreiben des LKH an die TIVELOP ist der voraussichtliche Beschaffungswert des Gerätes angeführt. Aus diesem ergibt sich auch der Honorarsatz, den die TIVELOP an die TILAK verrechnet. Falls im Beschaffungsvorgang der tatsächliche Anschaffungswert nun über oder unter dem Gerätegruppen-Schwellenwert von € 100.000,-- liegt, bleibt der Honorarsatz im Gegensatz zu den üblichen Usancen bei Fremdvergaben gleich. Der LRH hat bei den von ihm überprüften Abrechnungen festgestellt, dass diese nicht nur zum Nachteil, sondern teilweise auch zum Vorteil der TILAK waren.
7. Geschäftsfelder

Bestellung oder Planung


Nach Ansicht des LRH ist dies ein weiteres Indiz dafür, dass der von der TIVELOP verrechnete durchschnittliche Planungshonorarsatz von rd. ....... von den Geräte-Anschaffungskosten (s. o.) nicht gerecht-fertigt ist.

7.4.5 Projektsbeispiele Bauprojekte

7.4.5.1 Vergabe „Biplane Kardangiographie Anlage“

Auftrag BuT


Ausschreibung

Die BuT lud für die Medizintechnik-Planung dieser Anlage die TIVELOP und ein externes Planungsbüro ein, ein Planungshonorarangebot zu legen. Das Angebot der TIVELOP, deren Planungshonorar-Bemessungsbasis die projektierten Anschaffungskosten von 1,52 Mio. € waren, betrug € 35.280,--., das Angebot des externen Planers, bei welchem von der TILAK die in der Baukostenplanung des KHZ errechneten Gerätekosten von 1,40 Mio. € vorgegeben waren,
7. Geschäftsfelder


Kritik/Bewertung

Der LRH stellt vorerst fest, dass von der TILAK bei diesem Projekt wesentliche Vergabegrundsätze verletzt wurden.

- Da im Geräteantrag die Planungskosten mit rd. € 60.000,-- enthalten waren, hätte die TILAK zumindest ein „Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung“ einleiten müssen.
- Der Leistungsumfang wurde nur dem externen Planer übermittelt, die TIVELOP gab ein Angebot auf der Basis der Generalvereinbarung ab. Erst für den zweiten Antrag forderte die TIVELOP das gewünschte Leistungsbild vom Auftraggeber ein.
- Die „Verhandlungen“ wurden als reine Preisverhandlungen und dazu noch mit nur einem Bieter, der Konzerntochter, abgewickelt.

Nach Ansicht des LRH zeigt auch dieses Beispiel sehr deutlich, dass die Drittvergleichsfähigkeit nicht bei allen Projekten gegeben ist. Die Planungskosten sanken von den ursprünglich errechneten Planungskosten von € 60.000,-- im Geräteantrag auf letztlich .

7.4.5.2 Chirurgie Flachbau G0/G01 – Herstellungsüberwachung

Die TILAK schrieb im August 2001 für das Projekt „Generalsanierung Behandlungstrakt der Chirurgischen Univ. Kliniken (G0/G01)“ unter anderem auch die Medizintechnik-Planung inklusive der Objektüberwachung nach einer Art „Verhandlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung“ aus (dieses Vergabeverfahren war im BVerG 1997 noch nicht vorgesehen). Mit den nach der ersten Stufe ausgewählten Bewerbern sollte sodann ein Verhandlungsverfahren

Auftrag

Abwicklung


Kritik
Der LRH stellte mehrere Ursachen fest, die zum Misslingen der Auftragsabwicklung beitrugen.

Für eine geordnete, reibungslose Auftragsabwicklung ist es nicht förderlich, wenn der Bauherr zwei Mitbewerber in ein wechselseitiges Auftragsverhältnis zwingt, da bei dieser Konstellation das Kommunikationsverhalten zwischen Hauptauftragnehmer und Subplaner kaum funktionieren kann.

Hinsichtlich der zu erbringenden Subunternehmerleistungen wurden zwar eine Honorarteilung und eine Leistungsabgrenzung nach dem Projekthandbuch vorgenommen (s. o.), ein ordnungsgemäßer Werkvertrag wurde jedoch nicht abgeschlossen. Insbesondere machte sich das Fehlen gegenseitiger Kommunikationsverpflichtungen bemerkbar.

Nach Durchsicht der bei der TIVELOP aufliegenden Projektakten bekam der LRH den Eindruck, dass die TIVELOP mit der Abwicklung der Fachbauaufsicht massiv überfordert war:

- es gab weder eine strukturierte Projektsablage noch eine Projektdokumentation,
- an den Koordinationssitzungen der Fachplaner wurde nur sporadisch teilgenommen,
- eine Dokumentation für die Baustellenantrittsgespräche, welche ab dem Beginn der Unterkonstruktionsmontagen notwendig war, gibt es ebenfalls nicht,
- die Baustellenkontrollen mit entsprechender Bilddokumentation wurden ebenfalls mangelhaft durchgeführt - ab dem Zeitpunkt der ersten Mängelrüge durch den Auftraggeber fanden nur fünf Baustellenbesuche in zwei Monaten statt; es finden sich keine Bilder im Akt,
- die Leistungen bzw. Tätigkeiten der TIVELOP sind aus dem Akt nicht zu erkennen.
7. Geschäftsfelder

<table>
<thead>
<tr>
<th>Empfehlungen nach Art. 69 TLO</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Der LRH rät dem Medizintechnikbereich der TIVELOP zu nach-</td>
</tr>
<tr>
<td>stehenden Maßnahmen bei der Übernahme von Bauleitungsaufga-</td>
</tr>
<tr>
<td>ben, vor allem wenn Projekte auch außerhalb des TILAK-Konzerns</td>
</tr>
<tr>
<td>abgewickelt werden sollen:</td>
</tr>
<tr>
<td>• Anpassung an die jeweilige Projektstruktur,</td>
</tr>
<tr>
<td>• bessere Dokumentation der eigenen Tätigkeiten und der Lei-</td>
</tr>
<tr>
<td>stungen auf der Baustelle,</td>
</tr>
<tr>
<td>• ausschließlicher Einsatz von Bediensteten mit entsprechendem</td>
</tr>
<tr>
<td>Fachwissen für Bauleitungsaufgaben,</td>
</tr>
<tr>
<td>• Übernahme von Aufträgen nur nach einer internen Kapazitäts-</td>
</tr>
<tr>
<td>planung und bei ausreichenden Personalressourcen.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

7.5 IT-Planung

7.5.1 Entstehung und Organisation

Beschluss GV


Outsourcing - Vertrag


Kritik Vertrag

Der LRH stellt vorerst kritisch fest, dass der zwischen den beiden Gesellschaften zu erstellende Vertrag bis Ende April 2005 noch nicht unterfertigt war. Zur prinzipiellen Bewertung des Outsourcing-Modells wird auf die obigen Ausführungen verwiesen.

Kritik Personalverrechnung

Ein Mitarbeiter der TILAK-Abteilung „Informationsmanagement“ wurde nach dem Beschluss der GV rückwirkend mit 01.01.2004 der TIVELOP zur Dienstleistung zugeteilt. Die Personalverrechnung der
TILAK an die TIVELOP erfolgte monatsweise im Wege der Verrechnung „Dienst zugeteilter“ Mitarbeiter. Eine Honorarnote der TIVELOP an die TILAK wurde allerdings noch nicht gestellt.

**Aufgaben Zuordnung**

Zwischen den beiden IT-Abteilungen in der TILAK und der TIVELOP besteht naturgemäß eine enge Verflechtung. Die IT-Planung der TIVELOP ist in die IT-Strategie der TILAK mit den einzelnen Projekten (SAP, OpDis, KIS, PACS, AIM, etc.) eingebunden. Zudem ist der Bedienstete der TIVELOP derzeit noch „Bauprojekt-Koordinator“ für die „Außenhäuser“ der TILAK.

Nach Durchsicht der IT-Projektsliste stellte der LRH fest, dass rd. 80 % der Arbeitszeit für IT-Planungen bei Bauprojekten des LKH und rd. 20 % für sonstige TILAK-interne Projekte wie Übersiedlungen, Mitwirkung an der IT-Jahresausschreibung, Machbarkeitsstudien und sonstige Kleinprojekte aufgewendet werden. Außerhalb des TILAK-Konzerns wurden noch keine IT-Planungsaufträge erbracht.


**Bewertung**

Der LRH ist der Ansicht, dass mit einem durchschnittlichen Honorarvolumen von rd. ______ pro Jahr (umgelegt auf ein Vollzeit-Arbeitsjahr rd. ______) die im IT-Planungsbereich anfallenden Personal- und Betriebskosten leicht gedeckt werden können.

Der LRH vermisste weiterhin eine klare Trennung zwischen den beiden Gesellschaften. Neben der fehlenden Verrechnung der IT-Planungshonorare an die TILAK ist auch die stundenweise Verrechnung der von der TIVELOP erbrachten „sonstigen Leistungen“ ausständig.
7.6 Financial Services

Allgemeines
Innerhalb der TIVELOP ist mit der finanztechnischen Abwicklung der TIVELOP-Geschäftsfelder, deren Projekten und Immobilienprojekten der Bereich „Financial Services“ betraut. Dessen Aufgaben schwerpunkt ist die Betreuung der Finanzbuchhaltung, die Fakturierung, das Controlling und die Immobilienverrechnung für die beiden Tochterunternehmen TCC Errichtungs- und Betriebs GmbH sowie TCC Studentenheim GmbH.

Auf Grund des Know-hows der TIVELOP im Bereich der SAP-Software-Programme sollten diese Dienstleistungen auch Drittkunden, also auch außerhalb der TILAK-Konzertöchter, angeboten werden.

TCC-Töchter

Bewertung

8. Vergabewesen

TILAK
Eine der Voraussetzungen für das Modell der Auslagerung von Projekt-Controllingleistungen, MT- und IT-Planungsleistungen aus der TILAK in eine eigene Tochtergesellschaft war, „dass diese Leistungen als Konzern-interne Leistungen verstanden werden und deshalb nicht öffentlich ausgeschrieben werden müssen."

BVerG
Einrichtungen, die zu dem Zweck gegründet wurden, um im Allgemeininteresse liegende Aufgaben zu erfüllen, die nicht gewerblicher Art sind, zumindest teilrechtsfähig sind und durch andere öffentliche Auftraggeber überwiegend finanziert, durch diese beaufsichtigt oder durch diese hinsichtlich der Leitung beaufsichtigt
oder verwaltet werden, sind vom persönlichen Geltungsbereich des BVergG umfasst (§ 7 Abs. 1 Z 2 BVergG).

Ausnahme

Eine Ausnahme besteht u. a. für Aufträge, die ein öffentlicher Auftraggeber an ein Unternehmen vergibt, das,

- von ihm beherrscht wird (Beherrschungsprinzip) und
- das seine Leistungen im Wesentlichen für den oder die Auftraggeber erbringt, in dessen oder deren Eigentum es steht (Wesentlichkeitsprinzip; § 6 Abs. 1 Z 6 BVergG).

Im Vergabewesen spricht man bei Vergabe von Leistungen zwischen zwei getrennten Personen mit Rechtspersönlichkeit, die zueinander in einem organisationsrechtlichen und beschaffungsrelevanten Naheverhältnis stehen, von einer so genannten „In-house-Vergabe“. Für deren Gültigkeit sind kumulativ beide oben angeführten Voraussetzungen notwendig. Für die TIVELOP bedeutet dies, dass sie Aufträge von ihrer Mutter, der TILAK, erhalten kann ohne sich dem Regime des Vergaberechts zu unterwerfen.

Beherrschungsprinzip

Nach einem aktuellen Urteil des EuGH ist der Tatbestand der Beherrschung nur bei reinen Eigengesellschaften und gemischtoffentlichen Gesellschaften gegeben, also bei Gesellschaften, an denen ein öffentlicher Auftraggeber oder mehrere öffentliche Auftraggeber zusammen 100 % der Anteile innehaben. Gemischwirtschaftliche Gesellschaften, an denen neben den öffentlichen Auftraggebern auch private Dritte beteiligt sind, sind nicht mehr vom Geltungsbereich des Vergaberechts ausgenommen.

Die TILAK besitzt 100 % der Anteile der TIVELOP, die Vorstände der TILAK haben auch außerhalb der Generalversammlungsbeschlüsse einen wesentlichen Einfluss auf die strategische und operative Geschäftsgebarung in der TIVELOP. Vielfach genügt „ein Wort“ der Vorstände, um deren Willen auch in der TIVELOP umzusetzen. In dieser Konstellation sind nach Ansicht des LRH noch keine vergaberechtlichen Fallstricke zu befürchten.

Im Zuge der im Jahr 2005 anstehenden TILAK-Reform zur Neuaufrichtung der Tochtergesellschaften im TILAK-Konzern ist nach Auskunft der TILAK auch daran gedacht, die TIVELOP mit ihren Töchtern in ein Holding-Modell einzubinden. Zum Zeitpunkt der Einschau des LRH liegt die endgültige, von den Organen genehmigte
8. Vergabewesen

Struktur dieser „Krankenhausholding“ noch nicht vor. Es ist aber absehbar, dass auch die anderen TILAK-Beteiligungen, mit teilweiser privater Drittbeteiligung, vom Holding-Modell umfasst sind.

Hinweis

Der LRH weist deshalb ausdrücklich darauf hin, jenes Holding-Modell zu wählen, das das vergaberechtliche Beherrschungsprinzip für jene TILAK-Töchter beibehält, die Leistungen für die TILAK erbringen. Damit wäre für die TILAK-Töchter im Allgemeinen und für die TIVELOP im Besonderen weiterhin eine ausschreibungsfreie Vergabekonstellation gewährleistet.

Wesentlichkeits-Prinzip


Wie schon erwähnt, erzielt die TIVELOP in allen Geschäftsfeldern zusammen rund 98 % ihrer Umsätze aus Leistungen für die TILAK. Damit ist bisher auch in dieser Hinsicht die Voraussetzung für ein ausschreibungsfreies Vorgehen zwischen TILAK und TIVELOP gegeben.

Über Auftrag der TILAK-Organe sollen die Tochtergesellschaften künftig ihr Hauptaugenmerk verstärkt, und zwar zu mehr als 50 %, auf externe Projekte legen. Damit wäre zwar für die TIVELOP das Gründungsziel, TILAK-Know-how nach außen zu verkaufen, erfüllt; bei Einhaltung der Vorgabe würde sie aber gleichzeitig ihr Vergaberechtsprivileg verlieren. Das bedeutet, die TILAK müsste für alle zu vergebenden Leistungen ein Vergabeverfahren einleiten, an dem sich die TIVELOP, wie jeder andere geeignete Bewerber auch, beteiligen könnte.
9. Schlussbemerkungen

Bundesvertrag


Outsourcing-Modell

Ein zentrales Argument in der TILAK, von ihr erbrachte Leistungen im Baucontrolling-, Medizintechnik- und IT-Planungsbereich über eine Tochtergesellschaft erbringen zu lassen, war die Annahme, dass der Bund bestimmte Eigenleistungen nur ersetzt, wenn diese von einer Drittfirma erbracht werden.


Vergaberecht

Die vergaberechtlichen Voraussetzungen, Planungsleistungen ohne Ausschreibungsverfahren an die TILAK-Tochtergesellschaft TIVELOP zu vergeben, sind nur erfüllt, wenn die TILAK weiterhin 100 % am TIVELOP-Stammkapital hält und die TIVELOP überwiegend für die TILAK tätig bleibt. Die nunmehr von der Muttergesellschaft bzw. deren Eigentümer vorgegebenen Zielrichtungen „Eingliederung in eine Krankenhausholding mit eventueller Beteiligung Dritter“ sowie „verstärktes Auftreten am freien Markt“ widersprechen den vergaberechtlichen Vorgaben und würden den Vorteil der In-house-Vergabe wieder zunichte machen.

Damit wären aber nach Ansicht des LRH zwei weitere Voraussetzungen, die TILAK-intern zur Gründung der TIVELOP geführt haben, nicht mehr gegeben.
Zielerfüllung
externe Aufträge


Zielerfüllung
Existenzsicherung
BUT


Ergebnis

Da sowohl die Voraussetzungen, die zur Gründung der Tochtergesellschaft geführt haben, nicht mehr gegeben sind als auch die bei ihrer Gründung formulierten Ziele bisher nicht erreicht wurden, stellt sich die Frage, ob die Aufrechterhaltung einer eigenen Tochtergesellschaft im Baubereich gerechtfertigt ist. Die Rückführung der von der TIVELOP bisher erbrachten Leistungen an die TILAK würde eine erhebliche Einsparung, besonders an Verwaltungsaufwand, Beratungsaufwand, Steueraufkommen, Personalaufwand, etc. mit sich bringen und alle sich aus dem Vergaberecht ergebenden Risken vermeiden.


politische Entscheidung

Der LRH ist der Ansicht, dass die TILAK bzw. deren Eigentümer eine Grundsatzentscheidung zu treffen haben, ob

- die Ausgliederung in der derzeitigen Form beibehalten wird, allerdings mit verstärkten externen Aktivitäten, den damit einhergehenden vergaberechtlichen Verpflichtungen und erhöhtem wirtschaftlichen Risiko; oder
- alle derzeit von der TIVELOP erbrachten Planungsleistungen für die TILAK wieder in diese zurückgeführt werden und die TIVELOP aufgelöst wird.
Falls die Entscheidungsträger, aus welchen Gründen auch immer, ersteren Weg wählen, sollte aus Transparenzgründen eine klare Trennung zwischen den beiden Gesellschaften erfolgen. Im Wesentlichen bedeutet dies:

- eine Überarbeitung der Mietverträge bezüglich der Mietobjekte in Innsbruck zu den vom LRH empfohlenen Bedingungen und
- eine vollständige Verrechnung von gegenseitig erbrachten Leistungen.

Aus den Berichtsfeststellungen, den daraus resultierenden Kritikpunkten und Empfehlungen ist aber klar zu entnehmen, dass der LRH die zweitgenannte Lösung bevorzugt.

**Stellungnahme der Regierung**

Zur Empfehlung des Landesrechnungshofes, die TIVELOP aufzulösen, wird auf das eingangs Gesagte verwiesen. Es ist nicht möglich, diese Frage innerhalb weniger Wochen eingehend zu analysieren, diskutieren und evaluieren, weil nicht nur Fragen des Personalwesens, des Zivil-, Steuer- und Gesellschaftsrechts usw. zu klären sind, sondern auch die Neustrukturierung der TILAK und die Auswirkungen auf die beiden Tochtergesellschaften zu berücksichtigen sind.

**Stellungnahme TIVELOP**

Die Konklusion des LRH überrascht. Es scheint - zugegeben etwas polemisch und überspitzt formuliert - beinahe, als wäre das Resümee älteren Datums als der Detailbericht selbst.

Die strategische Ausrichtung der TIVELOP ist aus unserer Sicht jedoch differenziert und rein wirtschaftlich zu bewerten, und ist vom (künftigen) Eigentümer zu entscheiden:


Auf der anderen Seite hat sich die TIVELOP in den ersten 5 Jahren ihres Bestehens einen Namen in der Branche gemacht. Dies v. a. im
9. Schlussbemerkungen

Bereich Bauträger, PM und MT-Planung.

Wir sehen z.B. im PM- und Bauträgergeschäft u. a. für öffentliche Einrichtungen aber auch für private Bauherren auch künftig gute Potentiale, unser einschlägiges Know-how einzubringen. Aber auch im Bereich MT-Planung sind – was der LRH leider nicht erwähnt – seit Ende 2004 etliche interessante Projekte aus Tiroler und Salzburger Kliniken an die TIVELOP beauftragt worden. Gerade der MT-Planungsmarkt ist attraktiv, weil wenig Konkurrenz besteht, und wir über große einschlägige Erfahrung verfügen.

Wir möchten und können diese Chancen nützen, wobei wir aufgrund unseres Auftrages selbstverständlich die Projekte bewusst auswählen und Risiken minimieren.


Mit Gründung der neuen EWZ-Holding und der geplanten Zuordnung u. a. der TIVELOP-TCC-STH-Gruppe zum EWZ tritt die Schnittstelle zur TILAK in den Hintergrund. Alle im Schnittstellenbereich liegenden Dienstleistungen werden neu (zu)geordnet und es wird die TIVELOP in Zukunft v. a. für das EWZ und am freien Markt tätig sein.

Eines unserer wichtigsten zukünftigen Projekte ist – nach erfolgreicher Fertigstellung des BA1 (UMIT-Gebäude und Studentenheim) - die Baustufe 2 des TCC/EWZ. Die Entwicklung dieser Baustufe (im Rahmen des Gesamtausbauplanes), die wiederum ein Großprojekt darstellt, ist zwischenzeitlich abgeschlossen und soll – nach Genehmigung durch den Eigentümer – positivenfalls ehest umgesetzt werden. Hierzu ist die TIVELOP bestens gerüstet und freut sich auf diese Aufgabe im Auftrag der TCC.

Sollten am EWZ auch künftig Erweiterungsmaßnahmen anstehen, wird die TIVELOP dazu gerne ihren Beitrag leisten.

Auch wenn man „nur“ diese Aufgaben betrachten würde, ist die Anwendung einer eigenen bestehenden Bauträger-GmbH als Haftungseinheit sinnvoll und üblich. Dieser Risiko-Isolierungs-Aspekt überwiegt die vernachlässigbaren Kosten (weil die GmbH ja schon besteht) eindeutig, sowohl bei internen Projekten, und noch verstärkt bei externen Aufträgen.

Schließlich werden wir auch der med. Universität einige unserer Dienstleistungen gerne anbieten.
Replik des LRH Abseits der Verkauf- und Marketing-Diktion der TIVELOP hält der LRH nochmals fest:

- der angeführte Umsatz der TIVELOP besteht zum Großteil (im Jahr 2003 zu ca. 90 %) aus der 1:1 weiterverrechneten Bautätigkeit am EWZ, also effektiv aus Durchläuferpositionen.

- Vergaberechtlich ist eine eventuelle Zuordnung der TIVELOP zum EWZ nicht von Bedeutung. Die Schnittstelle zur TILAK tritt also keinesfalls in den Hintergrund.

- Die Aufträge im MT-Planungsbereich resultieren vorwiegender aus der In-house-Vergabe innerhalb der TILAK. Alle anderen Aufträge konnten nur zu wesentlich geringeren Honorarsätzen erlangt werden.

- Der Prüfzeitraum des LRH bezog sich im Wesentlichen auf den Zeitraum bis 2004. Allfällige externe Aufträge wurden im Bericht erwähnt.


Dr. Klaus Mayramhof
Innsbruck, am 20.10.2005

Darüber hinaus hat der LRH die Äußerung der Regierung dem Endbericht als Beilagen anzuschließen. In Erfüllung dieses gesetzlichen Auftrages ist im Folgenden die Äußerung der Regierung angeschlossen, wobei die nicht bereits in den Bericht eingearbeiteten Textpassagen durch die Schriftart „fett – kursiv – rot“ gekennzeichnet sind. Alle nicht so gekennzeichneten Textstellen der Stellungnahme wurden bereits eingearbeitet.
Rohbericht “TIVELOP Projektentwicklung und Projektmanagement GmbH
Äußerung
Geschäftszahl VEntw-RL-15/7
Innsbruck, 10.10.2005
Zu Zahl BE-0209/23 vom 1. September 2005

Die Tiroler Landesregierung erstattet aufgrund Ihres Beschlusses vom 11. Oktober 2005 zum oben angeführten Rohbericht des Landesrechnungshofes folgende

Äu ß e r u n g:

Grundsätzlich ist festzustellen, dass Gegenstand der Prüfung des Landesrechnungshofes eine 100%-ige Tochterfirma der TILAK – Tiroler Landes-Krankenanstalt-Gesellschaft mbH ist, sodass die Einflussmöglichkeiten der Landesregierung auf die TIVELOP Projektentwicklung und Projektmanagement GmbH nur mittelbar über die Eigentümerrechte an der TILAK ausgeübt werden können. In der ersten Phase obliegt es daher den beiden genannten Gesellschaften, zum gegenständlichen Rohbericht des Landesrechnungshofes Stellung zu nehmen, zumal die für die Abgabe der Äußerung zur Verfügung stehende Frist knapp bemessen ist, sodass eingehende Gespräche mit den Verantwortlichen zu den teilweise doch sehr komplexen Themenstellungen noch nicht geführt werden konnten. Das Verfahren nach Art. 69 Abs. 4 der Tiroler Landesordnung 1989 wird jedoch ausreichend Gelegenheit bieten, die Kritikpunkte und Empfehlungen des Landesrechnungshofes eingehend zu analysieren und die erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen einzuleiten (siehe auch den letzten Absatz auf Seite 2).
Die Erklärungen der TIVELOP und der TILAK sind dieser Äußerung angeschlossen.
Seitens der Tiroler Landesregierung wird zu folgenden Punkten Stellung genommen:

**Bundesvertrag (Seite 53 - Empfehlung nach Art. 69 Abs. 4 TLO):**


Es ist also davon auszugehen, dass zum Zeitpunkt der Befassung des Finanzkontrollausschusses mit dem gegenständlichen Bericht eine Meinungsbildung im Tiroler Landtag bereits erfolgt ist.

**Kostenvergleich UMIT (Seite 75, erster Absatz):**

Dem Landesrechnungshof ist zuzustimmen, dass der Vergleich der Kosten des UMIT-Gebäudes mit denen eines großen Mehrfamilienhauses wegen der großen Unterschiede bei derartigen Gebäuden nur bedingt aussagekräftig ist. Inwieweit die angemessenen Gesamtbaukosten nach dem Tiroler Wohnbauförderungsgesetz dennoch ein "entsprechender Maßstab" sein sollen, wird im Bericht nicht näher ausgeführt.

**Politische Entscheidung (Seite 114):**

Zur Empfehlung des Landesrechnungshofes, die TIVELOP aufzulösen, wird auf das eingangs Gesagte verwiesen. Es ist nicht möglich, diese Frage innerhalb weniger Wochen eingehend zu analysieren, diskutieren und evaluieren, weil nicht nur Fragen des Personalwesens, des Zivil-, Steuer- und Gesellschaftsrechts usw. zu klären sind, sondern auch die Neustrukturierung der TILAK und die Auswirkungen auf die beiden Tochtergesellschaften zu berücksichtigen sind.

Für die Landesregierung:

DDr. Herwig van Staa
Landeshauptmann
<table>
<thead>
<tr>
<th>Abkürzung</th>
<th>Deutscher Begriff</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>AR</td>
<td>Aufsichtsrat</td>
</tr>
<tr>
<td>BA</td>
<td>Bauabschnitt</td>
</tr>
<tr>
<td>BGF</td>
<td>Brutto-Geschoßfläche</td>
</tr>
<tr>
<td>BKC</td>
<td>Baukostencontrolling</td>
</tr>
<tr>
<td>BKH</td>
<td>Bezirkskrankenhaus</td>
</tr>
<tr>
<td>BKÜ</td>
<td>Baukostenüberwachung</td>
</tr>
<tr>
<td>BM</td>
<td>Bundesministerium</td>
</tr>
<tr>
<td>BO</td>
<td>Bauordnung</td>
</tr>
<tr>
<td>BuT</td>
<td>Bau und Technik</td>
</tr>
<tr>
<td>BVergG</td>
<td>Bundesvergabegesetz</td>
</tr>
<tr>
<td>DG</td>
<td>Dachgeschoß</td>
</tr>
<tr>
<td>EG</td>
<td>Erdgeschoß</td>
</tr>
<tr>
<td>EIB</td>
<td>Europäische Investitionsbank</td>
</tr>
<tr>
<td>ESIG</td>
<td>Einkommensteuergesetz</td>
</tr>
<tr>
<td>EuGH</td>
<td>Europäischer Gerichtshof</td>
</tr>
<tr>
<td>EWZ</td>
<td>Eduard-Wallnüfer-Zentrum</td>
</tr>
<tr>
<td>FKK</td>
<td>Frauen-Kopf-Klinik</td>
</tr>
<tr>
<td>FN</td>
<td>Firmenbuchnummer</td>
</tr>
<tr>
<td>GF</td>
<td>Geschäftsführer</td>
</tr>
<tr>
<td>GmbH</td>
<td>Gesellschaft mit beschränkter Haftung</td>
</tr>
<tr>
<td>GT</td>
<td>Gerätetechnik</td>
</tr>
<tr>
<td>GuV</td>
<td>Gewinn- und Verlustrechnung</td>
</tr>
<tr>
<td>GV</td>
<td>Generalversammlung</td>
</tr>
<tr>
<td>HGB</td>
<td>Handelsgesetzbuch</td>
</tr>
<tr>
<td>IT</td>
<td>Informationstechnologie</td>
</tr>
<tr>
<td>KHZ</td>
<td>Kinder- und Herzzentrum</td>
</tr>
<tr>
<td>KIZ</td>
<td>Kinderzentrum</td>
</tr>
<tr>
<td>KRAZAF</td>
<td>Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds</td>
</tr>
<tr>
<td>LGBL.</td>
<td>Landesgesetzblatt</td>
</tr>
<tr>
<td>LRH</td>
<td>Landesrechnungshof</td>
</tr>
<tr>
<td>LRHG</td>
<td>Landesrechnungshofgesetz</td>
</tr>
<tr>
<td>L-VBG</td>
<td>Landes-Vertragsbedienstelengesetz</td>
</tr>
<tr>
<td>Abkürzung</td>
<td>Begriff</td>
</tr>
<tr>
<td>-----------</td>
<td>---------</td>
</tr>
<tr>
<td>MT</td>
<td>Medizintechnik</td>
</tr>
<tr>
<td>NF</td>
<td>Nutzfläche</td>
</tr>
<tr>
<td>OG</td>
<td>Obergeschoß</td>
</tr>
<tr>
<td>PM</td>
<td>Projektmanagement</td>
</tr>
<tr>
<td>RFP</td>
<td>Raum- und Funktionsprogramm</td>
</tr>
<tr>
<td>s.u.</td>
<td>siehe unten</td>
</tr>
<tr>
<td>STH</td>
<td>Studentenheim</td>
</tr>
<tr>
<td>TB</td>
<td>Technisches Büro für Elektronik und Biomedizinische Technik</td>
</tr>
<tr>
<td>TCC</td>
<td>TCC Studentenheim GmbH</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>TCC Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH</td>
</tr>
<tr>
<td>TIGEWOSI</td>
<td>Tiroler Gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungs-GmbH</td>
</tr>
<tr>
<td>TILAK</td>
<td>Tiroler-Landeskrankenanstalten-Gesellschaft m.b.H.</td>
</tr>
<tr>
<td>TIVELOP</td>
<td>TIVELOP Projektentwicklung und Projektmanagement GmbH</td>
</tr>
<tr>
<td>TLO</td>
<td>Tiroler Landesordnung</td>
</tr>
<tr>
<td>TSZ</td>
<td>Technisches Servicezentrum</td>
</tr>
<tr>
<td>VOSI</td>
<td>Vorstandssitzung</td>
</tr>
<tr>
<td>VR</td>
<td>Verwaltungsrat</td>
</tr>
<tr>
<td>ZEK</td>
<td>Zentraler Einkauf</td>
</tr>
<tr>
<td>ZML</td>
<td>Zentrum für Medizin- und Labortechnik</td>
</tr>
<tr>
<td>ZVG</td>
<td>Zentrales Verwaltungsgebäude</td>
</tr>
</tbody>
</table>